

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1930

228 (1.10.1930)

Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 getippte Millimeterzeile kostet 12 Pfennig. Gegenüber-
setzung und Stellungnahme 3 Pfennig. Die Zeile-Millimeter-
zeile 20 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, bei Nichtabnahme der
Schaltungskosten, bei getragener Werbung und bei Konten außer Kraft tritt o. Gegenüber-
setzung und Stellungnahme 10 Karlsruher L. 2. o. Schluß der Anzeigen-Abnahme 8 Uhr vormittags

Unsere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern
Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk
Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2,50 Mark o. Ober-Zustellung 2,70 Mark o. Durch die Post
2,60 Mark o. Gläubigerlos 15 Pfennig o. Ersicht 8 auf wöchentlich
vormittags 11 Uhr o. Postkonten 2550 Karlsruhe o. Geschäftsstelle mit Redaktion: Karlsru-
her L. 2. Waldstraße 28 o. Fernruf 7020 und 7021 o. Postfach-Juliolen: Durack, Haupt-
straße 9; D.-Zellen, Jagdhausstraße 12; Kellert, Reinfstraße 2; Offenburg, Republikstraße 8

Nummer 228

Karlsruhe, Mittwoch, den 1. Oktober 1930

50. Jahrgang

Für den Besitz! Gegen die Arbeiter!

Das ist Sinn und Ziel des Regierungsprogramms

Die Quittung für den 14. September

W.B. Berlin, 30. Sept. Die Reichsregierung veröffentlicht jetzt die angekündigte umfassende Vorlage zur Sanierung der Reichsfinanzen und zur Gesundung der deutschen Wirtschaft.

In der Einleitung weist die Vorlage auf die gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten und ihre Ursachen hin. Zunächst ist es ein geordnet und ausgeglichener Etat für das kommende Jahr aufzustellen, damit das erkrankte Vertrauen in unsere Finanzwirtschaft wieder hergestellt und damit unserer Wirtschaft neuer Wille, sich zu betätigen und Arbeit zu schaffen, gegeben wird. Die Unterstützung der Arbeitslosen ist ein Notbehelf; sie behandelt nur die Folgen und beseitigt nicht die Ursachen. Eine umfassende Vereinfachung, vor allem des Steuerwesens, ist eine Notwendigkeit. Nicht höhere Steuern, sondern allein Sparmaßnahmen, Entlastung, die Wiederherstellung des Vertrauens sind die Grundideen, die uns führen müssen.

Darauf sind unsere Vorschläge aufgebaut. Im Abschnitt I werden sodann die Vereinfachungsvorschläge für den Reichshaushalt im einzelnen dargestellt. Für 1930 muß mit einem

Gehalt von 750 bis 900 Millionen

gerechnet werden, 300 davon für die kommenden Anforderungen der Arbeitslosenfürsorge, etwa 450 bis 600 Millionen mindere Einnahmen. Die Abdeckung soll in den nächsten drei Jahren aus einem besonderen Fonds erfolgen, dessen Bildung durch Geleitzscheinstellung wird und der die Beschaffung eines Ueberbrückungskredits, seine Verzinsung und Rückzahlung gewährleistet.

Durch die Gesamtheit der zu treffenden Maßnahmen wird die Ausgabenlast 1931 gegenüber 1930 um rund eine Milliarde gesenkt. Die Senkung soll erfolgen:

1. durch Gehaltskürzung, die Bezüge des Reichspräsidenten, des Reichskanzlers, der Minister und damit der Abgeordneten werden um 20 Prozent, diejenige der Beamten, Versorgungs-, Wartegeld- und Ruhegeldempfänger um 6 Prozent gekürzt. Die Senkung erfolgt ab 1. April 1931 unter Wegfall der Reichsbillie auf drei Jahre. Bezüge unter 1500 Mark jährlich werden nicht gekürzt. Man rechnet aus diesen Kürzungen mit einer Ersparnis von 120 Millionen. Bei der Reichsbahn und Reichsbank kommen entsprechende Kürzungen in Betracht.

2. Durch Kürzung der Ueberweisungen, die in Höhe von rund 100 Millionen bei Senkung der Beamtengehälter in Ländern und Gemeinden möglich sind. Durch Rückgang der Einnahmen tritt voraussichtlich eine weitere Kürzung der Ueberweisungen um rund 288 Millionen ein.

3. soll der Ausgleich von Einnahmen und Ausgaben bei der Arbeitslosenversicherung künftig ohne Inanspruchnahme des Reichshaushalts sichergestellt und der Anteil an der Arbeitslosenversicherung auf 420 Millionen begrenzt werden, und

4. sind Beiträge im Reichshaushalt in Höhe von 300 Millionen gegenüber 1930 bei den Einzelstaaten vorgelesen, denen die beteiligten Ministerien bereits ihre Zustimmung gegeben haben und die schon durchgeführt werden.

Der Ausgleich im Haushalt 1930 legt die Fortdauer der Vermögenssteuer und des Finanzprozentums Einkommensteuerrücklagen voraus. Durch stärkere Belastung des Tabaks sollen 167 Millionen gewonnen werden.

Im übrigen werden neue Steuerbelastungen vermieden. Der Abschnitt II sieht bei Ländern und Gemeinden, sowie bei den Körperschaften des öffentlichen Rechtes entsprechende Gehaltskürzungen wie des Reiches vor. Weiter soll die Durchführung einheitlicher Spargrundlagen durch Vereinbarungen über eine Mitwirkung des Reiches bei der Haushaltsaufstellung sichergestellt werden und das Haushaltsrecht der Länder und Gemeinden den strengen Grundgesetzen des Reiches angepaßt werden. Schließlich sind Maßnahmen zur Gestaltung einer sparsameren Rechtspflege und Verwaltung vorgelesen.

Der Abschnitt III beschäftigt sich mit der Vereinfachung des Steuerwesens. Die Reichsfinanzverwaltung kostet, so wird ausgeführt, über 500 Millionen Reichsmark, der Unkostenkoeffizient beträgt mehr als 4 1/2 Prozent. Es muß darnach gestrebt werden, zu einer wesentlichen Verbilligung der Finanzverwaltung zu gelangen.

In einem Geleitzschritt zur Vereinfachung des Steuerwesens sei 1. eine vereinfachte Besteuerung der Landwirtschaft vorgelesen. Die Reichsvermögenssteuer soll künftig für Vermögen bis zu 20 000 Mark fortfallen. Die Grundvermögenssteuer, die Reichsvermögenssteuer und die ersten zehn Prozent der Einkommensteuer sollen durch die Grundvermögenssteuer abgegolten werden, der der Einheitswert, also der Ertragswert, zu Grunde gelegt wird. Da bei der Einkommensteuer und Reichsvermögenssteuer Schuldsinsen bzw. Schulden abgezogen werden, nicht dagegen bei der Grundvermögenssteuer, soll künftig bei der Einheitssteuer ein Teil der Schulden abgezogen werden können. Wie bei der Grundvermögenssteuer sollen die Länder und Gemeinden, denen die Einheitssteuer allein zufällt, deren Höhe bestimmen. Eine Erhöhung der Gesamt-

steuerlast der Landwirtschaft kommt ebensowenig in Frage wie eine progressive Flächensteuer.

2. Soll die Besteuerung der Kleingewerbetreibenden in ähnlicher Weise wie bei der Landwirtschaft vereinfacht werden. Die Grundlage muß hier der Gewerbesteuer bilden. Durch diese beiden Maßnahmen, für Landwirtschaft und Kleingewerbetreibende, wird es gelingen, die Zahl der zur Einkommensteuer zu veranlagenden Steuerzahler auf eine Million zu beschränken.

3. Wird durch die Erhöhung der Vermögenssteuerfreigrenze auf 20 000 Mark die Zahl der vermögenssteuerpflichtigen Personen von 1,7 Millionen um mehr als die Hälfte herabgesetzt werden. Die darin für die Verwaltung entstehende Ersparnis wird den zunächst rechnerischen Anfall (ca. 16 Millionen) auf die Dauer erheblich übersteigen. Für das landwirtschaftliche und forstwirtschaftliche Vermögen, sowie das Grundvermögen soll die Einheitsbewertung künftig nur alle sechs Jahre vorgenommen werden. Die Aufstellung der Einheitswertbescheide soll durch die Offenlegung der Einheitswerte erleichtert werden. Dadurch werden anstelle von 10,6 Millionen Bescheide nur noch 1,6 Millionen zustellen sein.

4. soll die Umsatzsteuer bei Unternehmen mit weniger als 5000 Mark Umsatz fortfallen.

5. soll das Steuervereinfachungsgesetz erneut vorgelesen werden, die durch die Voraussetzungen für eine organische Regelung der Realsteuern und deren Senkung zu schaffen.

6. soll zur Erleichterung und Vereinfachung der Zivilversorgung und zur Verbindung von Gründungen im Auslande eine Senkung der Verkehrssteuern erfolgen.

Im Abschnitt IV sind ins Einzelne gehende Maßnahmen zur Neuregelung der Wohnungswirtschaft vorgelesen. Im Haushaltsjahr 1931 sollen bis 215 000 Wohnungen erstellt werden, davon 165 000 Kleinwohnungen aus Hauszinssteuermitteln und 50 000 aus dem Kapitalmarkt. Außerdem sind 40 Millionen für Siedlungsgebäude vorgelesen. Zur Finanzierung dieses Programms sind 400 Millionen aus Hauszinssteuermitteln und 400 Millionen im Wege der Einzelbeziehung oder durch Anleihen eingelegt. Zur Erzielung tragbarer Mieten sollen Zuschüsse aus Hauszinssteuermitteln gewährt werden. Die Verwendung öffentlicher Mittel für den Wohnungsbau soll bis zum 1. April 1936 im wesentlichen abgebaut werden. Man hofft, durch die Maßnahmen auf dem Gebiete des Wohnungsbaues und der Siedlung die

Zwangswirtschaft weiter lockern

und schließlich ganz aufheben zu können. Außerdem sind gewisse Forderungen des Mieterbüros vorgelesen. Die endgültige Aufhebung des Wohnungsmangelgesetzes soll am 1. April 1934 erfolgen.

Reichsmietengesetz und Mieterbürogesetz sollen am 1. April 1936 endgültig außer Kraft treten.

Abchnitt V enthält die Vorschläge für die Senkung der Realsteuern, für die 400 Millionen aus der Hauszinssteuer vorgelesen sind, die durch die Neuregelung der Wohnungswirtschaft frei werden. Das Aufkommen an Realsteuern ist von 600 Millionen in der Vorjahreszeit auf 2200 Millionen im Jahre 1930 gestiegen. Eine organische Senkung der Realsteuern ist vor Verabschiedung des Steuervereinfachungsgesetzes, dessen baldige Erledigung jetzt erstrebt wird, nicht möglich. Da mit der Senkung der Realsteuern nicht so lange gewartet werden kann, soll diese Senkung bereits am 1. April 1931 eintreten. Allerdings wird sie nur schematisch möglich sein. Die Senkung soll nicht nur bei der Gewerbesteuer, sondern auch bei der Grundsteuer eintreten. Insbesondere ist auch die Senkung der landwirtschaftlichen Steuern wegen des dauernden Sinkens der Weltmarktpreise erforderlich. Die Gewerbesteuer die stärker als die Grundsteuer angepaßt ist, soll um 20 Prozent, das macht eine Entlastung von 200 Millionen, und die Grundsteuer um 10 Prozent, insgesamt etwa 120 Millionen, gesenkt werden. Da dieser Senkung von insgesamt 320 Millionen 400 Millionen Hauszinssteuermittel gegenüberstehen, soll der Restbetrag von 80 Millionen für einen Ausgleichsfonds verwendet werden, der in erster Linie den Gemeinden zugute kommen soll, deren finanzielle Lage besonders bedroht ist.

Im Abschnitt VI wird auf die Fortführung des Dithilfegesetzes im ursprünglich vorgesehenen Rahmen hingewiesen. Neben der Standardisierung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse sind weitere Gesetze in Vorbereitung, um den Absatz der landwirtschaftlichen Erzeugnisse in demselben Maße zu sichern.

Der Abschnitt VII befaßt sich mit dem Finanzausgleich, der endgültig am 1. April 1932 in Kraft treten soll.

Unter angemessener Verteilung der Aufgaben zwischen Reich, Ländern und Gemeinden soll den Ländern für sich und ihre Gemeinden das Einkommen aus der Belastung von Bier und Branntwein und dem Reich in entsprechend veränderter Verteilung das Einkommen aus Einkommen- und Körperschaftsteuer zufließen.

Die selbständige Verantwortung der Gemeinden für ihre Ausgabenwirtschaft soll weiter gesteigert werden.

Das Reich wird nur für sich und die Länder eine bestimmte angemessene und geteilte Einkommensteuer erheben. Die Gemeinden bekommen das freie Zuschlagsrecht.

Der Abschnitt VIII legt die Höchstgrenze für die Ausgaben der öffentlichen Hand fest. Durch besonderes Geleitz ist sichergestellt, daß die auf ein Mindestmaß herabgesetzten Ausgaben für die Dauer von drei Jahren in Reich, Ländern und Gemeinden keine Erhöhungen erfahren dürfen und daß höhere Einnahmen nur der steuerlichen Entlastung zugute kommen.

In dem Schlußabschnitt des Sanierungsprogramms heißt es: Der Plan der Reichsregierung fordert von allen Teilen des deutschen Volkes Opfer. Was durch die Kürzung der Gehälter für die öffentliche Wirtschaft angebahnt ist, muß innerhalb der privaten Wirtschaft weiterwirken zum Wohle des Ganzen.

Bezüge und Lebenshaltung aller Unternehmer und Arbeitnehmer, sowie der Preisstand der deutschen Waren müssen ungestört, im Wettbewerb der Welt zu bestehen.

Bewußt, daß es keine Rechtfertigung vor der Geschichte dafür gibt, in diesem Augenblick verlagert zu haben, wird die Reichsregierung alles daran setzen, das Ziel zu erreichen.

Die Reichsregierung hat einen „Wirtschafts- und Finanzplan“ veröffentlicht, der die Untertreibung des Reichstanzlers Brüning trägt. Man hätte erwarten können, daß die Regierung Maßnahmen ins Auge faßt, die zur Ueberwindung der unmittelbaren Not dienen und die deshalb getroffen werden müssen, um die Wirtschaft zu beleben und die Not zu mindern. Statt dessen legt die Reichsregierung eine Fülle von Vorlagen und Richtlinien hin, die neben ungeheurer drückenden Maßnahmen gegen Arbeiter, Beamte und Angestellte eine Reihe von Plänen umfassen, die auf viele Jahre hindurch verteilt sind und sich im einzelnen noch kaum übersehen lassen.

Die Väter dieses Programms sind dieselben Männer, die seit zwei Jahren Versprechungen auf Versprechungen gehäuft haben und immer 14 Tage nach den Versprechungen das Gegenteil von dem getan haben, was sie gepredigt haben. Herr Brüning hat sich im Wahlkampf gebrüht, den Etat ins Gleichgewicht zu bringen. Heute erzählt man, daß für das laufende Haushaltsjahr mit einem Defizit von 900 Millionen gerechnet werden muß. Herr Dietrich hat vor der Wahl erklärt, der Reichstag werde viele Monate Zeit haben, sich mit dem Programm der Regierung zu befassen, da der Etat im Gleichgewicht sei. Jetzt ist das Defizit da und jetzt muß wieder alles Hals über Kopf gehen.

Das Programm der Regierung enthält neben Realitäten eine Reihe von unsicheren Zukunftswünschen höchst problematischer Natur. Ueber allem aber stehen die Realitäten und sie sind erschreckend!

Daß die Gehälter aller oberen Beamten in Reich, Ländern und Gemeinden um 6 Prozent vom 1. April 1931 an gekürzt werden, dagegen ist wenig zu sagen. Aber die Reichsregierung sieht darin ein Vorbild für die private Wirtschaft. Sie will mit diesen Gehaltskürzungen zugleich einen Anreiz für die Unternehmer geben, Kürzungen der Arbeitslöhne zu erzwingen. Das Programm der Regierung enthält eine unzweideutige Anweisung an die Schlichtungsbehörden, nach diesem Gesichtspunkt zu verfahren.

Der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung wird um 2 Prozent auf 6,5 Prozent erhöht. Das bedeutet für die Arbeiterschaft bereits eine einprozentige Lohnkürzung. Dafür werden die Reichszuschüsse für die Arbeitslosenversicherung beseitigt. Das Programm spricht davon, daß der Reichshaushalt künftig nicht für die Arbeitslosenversicherung in Anspruch genommen werden soll. Die Reichsregierung hat einen Geleitzschritt vorbereitet, der die Darlehenspflicht des Reiches beseitigt.

Die Leistungen der Arbeitslosenversicherung sollen beträchtlich herabgesetzt werden. Ihre Höhe sollen im wesentlichen denen der Wohlfahrtsfürsorge angeglichen werden. Für den Etat des Jahres 1931 werden schmerzliche Abträge selbst bei den sozialen und kulturellen Aufgaben angekündigt. Der Wohnungsbau soll eingeschränkt werden. Es sollen künftig rund 100 000 Wohnungen weniger gebaut werden. Zum „Trost“ dafür wird angekündigt, daß am 1. April 1936 die gesamte Wohnungswirtschaft wirtschaftlich gefallen sein soll. Der Schutz der Mieter soll dann zu Ende sein. — Die Wohnungsnot aber wird bei solchen Abträgen bleiben. Zum „Trost“ dafür soll ein Betrag von 400 Millionen, also der vierte Teil des gesamten Hauszinssteueraufkommens, an die Realsteuerpflichtigen verteilt werden.

Eine Erhöhung der Tabaksteuer um rund 160 Millionen Mark wird angefündigt. Schließlich soll der Notetat des Jahres 1931 in Reich, Ländern und Gemeinden als Normaletat für drei Jahre gelten, die, wie das Programm selbst sagt, unter dem Druck der Not erzwungenen Abstriche sollen also als Normaletat betrachtet werden!

Das ist ein erschreckendes Programm! Es ist ein Programm gegen die Arbeiterschaft. Beamte, Angestellte und Arbeiter bilden die Klasse, die ausschließlich und allein die gewaltigen Kosten dieses Wirtschafts- und Finanzplans der Reichsregierung zu tragen haben. In der Einleitung dieses Planes befindet sich der Satz: „Die Höhe der von Gehalt und Lohn, von Steuer und sozialen Lasten bedingten Festsetzungen steht einer Preisentwertung hemmend im Wege.“ Das ist die These des Scharfmachers, das der Ansicht ist, daß nur durch den Hunger der Arbeiter die Wirtschaft gesunden könne. Ganz in diesem Sinne spricht das Programm von der Entlastung der produktiven Stände. Zu den produktiven Ständen zählen die arbeitenden Klassen bei dieser Regierung nicht. Sie haben bei diesem Programm neue Lasten zu tragen, die weit über eine Milliarde Mark hinausgehen!

Das ist nicht ein Programm zur Belebung der Wirtschaft und zur Sanierung der Reichsfinanzen. Durch die Einschränkung des Wohnungsbaues und durch die ungewisse Aussicht auf Einbringung von Baugeldern auf dem privaten Kapitalmarkt wird die Krise auf dem Baumarkt verewigt, eine der wesentlichsten Möglichkeiten zur Steigerung der Produktion verschüttet. Dieselbe Wirkung muß die Schwächung der inneren Kaufkraft durch die Kürzung der Löhne und Gehälter hervorrufen. Alle jene Maßnahmen, die der Wirtschaft in der Krise neuen Antrieb geben könnten, sucht man in diesem Programm vergeblich. Abbau der Lebensmittelpreise durch Verringerung der Zollpolitik, Umstellung der Handelspolitik, zielbewusste Kartellpolitik.

Das Ziel der endgültigen Sanierung der Reichsfinanzen wird auf diesem Wege nicht erreicht werden. Es ist ganz unbestimmt, ob die notwendigen Heberbrückungskredite herin kommen werden, und die Berechnungen dieser Regierung über die Etatslage sind genau so leichtfertig, wie alle ihre Berechnungen bisher gewesen sind.

Vor allem aber eins. Der Schrei der Gemeinden nach Berücksichtigung ist völlig ungehört verhallt. Sie erhalten einen unsicheren Zukunftsweg vom 1. April 1932 an auf ein Zuschlagsrecht zur Einkommensteuer. Inzwischen aber haben sie ungeheure Lasten der Fürsorge für die Wohlfahrtsverbunden getragen, ohne daß ihnen irgend eine Hilfe winkt. Sie können bei diesem Wirtschafts- und Finanzplan der Reichsregierung vor die Hunde gehen!

Alles in allem. Das ist ein Programm ganz nach den Herzen der Wirtschaftspartei und der Volkspartei, ein Programm, das mit außerordentlicher Schärfe die Belastung der Arbeiterschaft zugunsten anderer Klassen vorzieht. Am Kapitalisten, Mittelständlern und anderen Interessentenhaufen Erleichterung ihrer wirtschaftlichen Situation zu geben, soll die Arbeiterschaft und mit ihr Beamte und Angestellte ungeheurer Druckung, die die Regierung Brüning unter dem Druck ihres rechten Flügels dem deutschen Volk für die Wahlen vom 14. September erteilt!

Ein Sanierungs- und Wirtschaftsprogramm in Deutschland heute aufzustellen, ist für jede Regierung unkontrolliert eine überaus schwere Sache. Ehrliche Kritik muß den Willen haben, das zuzugehen. Durch die Wirtschaftskatastrophe und durch die zu leistenden Reparationen ist Deutschlands Finanzlage einem Druck ausgesetzt, wie ihn kein anderes Volk, auch geschichtlich betrachtet, jemals auszuweichen hatte. Das mangelnde Staatsbewußtsein großer Kreise gerade des deutschen Volkes, sein gottverdammter Hang zu unzähliger Zersplitterung und zur — natürlich erst recht in politischer Beziehung — blödsinnigsten Scheinsmeierei und Kraftheberei haben das Maß getan, um eine wirkliche Gesundung sowohl innerpolitisch wie auf finanziellem Gebiete nicht eintreten zu lassen.

Diese Tatsachen schwächen leider auch die Opposition gegen Geheißgebungswerke, die diktatorischen Charakter tragen. Und das um so mehr, weil die durch die Wählermehrheit herbeigeführte Schwäche des neuen Reichstages klar genug zu erkennen ist. Und ganz offenbar spekuliert das Kabinett Brüning darauf, daß der neugewählte Reichstag, der zu einem Teil ein Produkt der insamen Lüge und eines rabiat gewordenen Speichbürgertums ist, weder eine Mehrheit noch die Kraft aufbringen werde, dem Kabinett seinen ungeheuerlichen Programmwurf zerreißen vor die Füße zu werfen. Wenn das Kabinett Brüning auf der Durchführung des gestrigen von ihm veröffentlichten Finanz- und Wirtschaftsprogramms bestehen sollte, dann ist die Frage, ob die Sozialdemokratie in dieses Kabinett oder in ein ähnlich geartetes eintreten solle, u. E. bereits gelöst.

Die Sozialdemokratie müßte ja beinahe alles verleugnen, was sie bisher vertreten hat, wenn sie einem solchen Programm zustimmen und als Regierungspartei es mitvertreten soll. Alle sollen geschüttelt werden, allen sollen die Steuerlasten erleichtert werden, von allen ist dabei die Rede, nur vom deutschen Arbeiter nicht. Er wird erst dann und am Schlusse erwähnt, wo davon die Rede ist, daß Opfer gebracht werden müssen. Und weil durch eine verheerende Geheißgebung des Reiches die Belastung durch den Beamtenapparat übersteigert worden ist, glaubt die Reichsregierung einen Appell an die gesamte Privatwirtschaft richten zu können, nunmehr auf der ganzen Linie einen Abbau der Löhne und Gehälter eintreten zu lassen.

Es ist dem Kabinett Brüning gar nicht in den Sinn gekommen, irgendeine Bestimmung gegen die vollen- und wirtschaftsverderbende Preisdiktatur der Kartelle und Syndikate zu formulieren. Es ist ihm noch weniger eingefallen, die rückwärtslose Anwendung der bestehenden Kartellgesetzgebung oder gar die dringend notwendige Verschärfung anzufordern. Die stumpfsinnige Ausplünderung des deutschen Volkes durch den schamlosen Ausplünderer, den die Schlüsselindustrien betreiben, ist ganz offenbar gar nicht in den Gesichtskreis der Herren im Brüningkabinett getreten. Die Industriekapitäne der Schlüsselindustrien schwimmen in Profitten und Gewinnen, sie lassen das deutsche Volk bluten, sie sabotieren die deutsche Wirtschaft, aber an sie wagt sich das Kabinett Brüning-Dietrich nicht heran. In der Tat: dieses bürgerliche Kabinett erteilt dem großen Teil der Beamten, Angestellten und den Arbeitern, die am 14. September nicht für die Sozialdemokratie gestimmt haben, eine saftige Quittung.

Schieles Fleischrummel

Wie man mit den Armen Schindluder treibt

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft ist bekannt, daß den Minderbemittelten in den Gemeinden, denen bisher soziales Gefrierfleisch zugeteilt war, künftig Gutscheine gegeben werden, mit deren Hilfe Fleisch um 20 Pfa. pro Pfund billiger gekauft werden kann.

In der zeitlichen und finanziellen Begrenzung dieser Vergünstigungsaktion (nur 10 Mill. RM. bis 31. 3. 31) kommt zum Ausdruck, daß es sich vermutlich nur um einen Versuchsversuch handelt, bis die Ernährung über das Gefrierfleischverbot sich gelegt hat. Da der Reichsernährungsminister anlässlich des Gefrierfleischverbotes versprochen hatte, dafür zu sorgen, daß die wirklich minderbemittelte Bevölkerung ihren bisherigen Fleischverbrauch aufrechterhalten könne, erachtete die interessierte Frage, wer als „wirklich minderbemittelte“ anzusehen sei. Wie sich nun herausstellt, kann der Ernährungsminister selber keine Definition dieses Begriffes geben. Er überläßt es daher den Gemeinden, den Kreis der wirklich Minderbemittelten festzustellen. Man kann wohl annehmen, daß auch die Gemeinden dieses schwierige Problem ebenfalls lösen können.

Nimmt man beispielsweise die Verhältnisse in Berlin, dessen Gefrierfleischverbrauch ungefähr dem Durchschnitt entspricht und verteilt die Fleischarten an die „eigentlich Minderbemittelten“ (Arbeitslose und Wohlfahrts-Unterstützungsempfänger), so ergibt sich, daß der Karteninhaber monatlich noch nicht einmal zwei Pfund Fleisch, um je 20 Pfa. verbilligt kaufen kann. Man sieht also schon aus diesem Beispiel, daß die Einführung der Fleischkarte nur eine Fiktion ist und niemals einen merklichen Ersatz für das Gefrierfleisch darstellen kann. Die Ersparnisse, die die Gefrierfleischverbraucher insgesamt pro Jahr erzielen, betragen etwa 60—70 Millionen Mark.

Den einsigen Vorteil hat der Landbund, denn für ihn, der in jahrelanger agitatorischer Verbredung der wirklichen Tatsachen die Gefrierfleischkarte immer als die Ursache der niedrigen Viehpreise hingestellt hatte, war das Einfuhrverbot eine Prestige-Angelegenheit. Er wird auf diesen Propagandenerfolg stolz sein, auch wenn die Reichskasse jährlich 20 Millionen hierfür flüssig machen muß.

Hoffnungen und Ansichten der Reichsregierung

Die Reichsregierung läßt durch ein von ihr beeinflusstes Nachrichtenbüro die Öffentlichkeit folgendes wissen:

In der Reichsregierung bestehende Kreise wird betont, daß alle Punkte des Sanierungsprogrammes als „Sollprogramm“ anzusehen sind mit Ausnahme des Finanzprogrammes, dessen Einzelheiten noch eingehende Beratungen namentlich mit den Ländern erforderlich machen, so daß dieses Problem wohl erst in einer späteren Zukunft endgültig gelöst werden kann. Dagegen sollen auch die Verhandlungen über die Beschaffung der Arbeitslosenversicherung vom Reichsministerium bereits im Zusammenhang mit den Vorbereitungen des kommenden Reichshaushaltes geführt werden. In diesem Zusammenhang wird der Reichsminister auch noch über gewisse Änderungen der Arbeitslosenversicherung in den beteiligten Stellen beraten und zwar mit dem Verwaltungsausschuß der Arbeitslosenversicherungsämter, dem zuständigen Ausschuss des Reichsrates und den Spitzenorganisationen der Städte. Außerdem dürfte auch das Sozialgesetz in absehbarer Zeit vorgelegt werden. Dazu gehört u. a. die Frage der unbefähigten Militäranwärter, die dem Reiche jährlich 40 Millionen Mark kosten. Es ist anzunehmen, daß eine Verschärfung der Bestimmungen eintritt, wonach die Gemeinden Militäranwärter ausstellen müssen.

In Kreisen der Reichsregierung rechnet man offenbar damit, daß es doch gelinzt, das Sanierungsprogramm auf dem verfassungsmäßigen Wege mit Hilfe des Reichstages durchzuführen. Dabei wird daran erinnert, daß auch nach vor kaum einem Jahre die große Zollkonvention, die in den Verhandlungen der Reichsregierung angenommen wurde, obwohl die Ausschüsse vorher allgemein recht pessimistisch zu beurteilen waren. In politischen Kreisen unterliegt man besonders das Verdienst des Reichsarbeitsministers Siegelwald an dem Sanierungsprogramm, der die unpopulären Sparmaßnahmen seines Ressorts auf sich genommen haben. Die wesentliche Schwierigkeit des ganzen Programmes seien unterrichtete Kreise in den Fragen, die mit den Ländern und Gemeinden zusammenhängen, namentlich in denen, die die Gemeinden direkt betreffen. Hierzu gehört besonders die Verminderung der Ueberweisungen. Der Anteil von Ländern mit 28 Millionen an dem Steuerausfall ist in dem Communiqué mit 28 Millionen angegeben worden. Davon dürfe etwa die Hälfte, also rund 150 Millionen auf die Kommunen entfallen, was nach der Kürzung der Ueberweisungen um rund 100 Millionen auf Grund der Senkung der Beamtengehälter frage. Das macht im ganzen 250 Millionen. Man ist über Auffassung, daß sich bei den Kommunen vielfach erhebliche Sparmaßnahmen als dies bisher gelohnt.

Präsidentenwahl im braunschweigischen Landtag

Bürgerblock gegen Sozialdemokratie

Braunschweig, 30. Sept. Der neugewählte braunschweigische Landtag trat heute zu seiner ersten Sitzung zusammen. Bei der Wahl des ersten Präsidenten wurde der nationalsozialistische Abgeordnete Bömer mit 20 Stimmen gewählt. Der Abgeordnete Kiese (Sos.) hatte 17 Stimmen erhalten. Drei Abgeordnete hatten sich der Stimme enthalten.

Ein sozialdemokratischer Abgeordneter beantragte hierauf, die Sitzung zu unterbrechen, nach Wiederannahme wurde von sozialdemokratischer Seite festgestellt, daß man von dem Brauch, daß die stärkste Fraktion den Präsidenten zu stellen habe, abgesehen sei. Nach § 13 der Geschäftsordnung habe die stärkste Fraktion Anspruch auf den Präsidentenposten. Er stelle diese Geschäftsordnungsmaßnahme fest.

Zum ersten Vizepräsidenten wurde der Abg. Kiese (Sos.), zum zweiten Vizepräsidenten der bürgerliche Abg. Weigel gewählt. Hierauf erklärte Minister Dr. Jaipfer, daß nach dem Ausfall der Wahlen vom 14. September das Staatsministerium eine andere Zusammenlegung erfahren werde; namens des Staatsministeriums erkläre er den Rücktritt der Minister.



Redakteur wird amerikanischer Gesandter

Nicholas Koo'vics, der Redakteur der amerikanischen Zeitung New York Times, wurde von Präsident Hoover zum amerikanischen Gesandten in Ungarn ernannt.

Ein Regierungskandal

Der bisherige Minister für die besetzten Gebiete, Herr Treitman, der intime Freund des Reichsfinanziers Brüning, hat durch die Räumung der besetzten Gebiete sein Amt verloren und eine Tätigkeit nicht mehr ausübt. Aber Herr Treitman soll unter allen Umständen dem Kabinett Brüning erhalten bleiben, deshalb ist er erneut zum Minister ohne Geschäftsbereich ernannt worden. Und das macht dasselbe Kabinett, das haben ein Finanzprogramm veröffentlicht, indem es die Länder und die Gemeinden an allerersten Spornplatz auffordert. Die Besetzung des Herrn Treitman im Kabinett ist schon vom finanziellen Standpunkt aus ein Skandal.

Die Reichsindexziffer

Amlich wird mitgeteilt:

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und Sonstiger Bedarf) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für den Durchschnitt des Monats September auf 146,9 gegenüber 148,8 im Vormonat. Sie ist somit um 1,9 u. S. zurückgegangen.

Untersuchungsausschuß über Berliner Grundstückskäufe

Der Untersuchungsausschuß des preussischen Landtages gegen die „Mischwirtschaft in der Berliner Stadtverwaltung“ hörte am Dienstag den Bericht der Kommission (Dr. Koll) über diejenige Grundstückskäufe der Berliner Verkehrs-Gesellschaft, die seiner Ansicht nach nicht ganz einwandfrei verlaufen sind. Die Käufe wurden getarnt, um Unternehmungskonten ungehindert durchführen zu können. Allgemein fiel dem Berichterstatter der große Unterschied zwischen dem Steuerwert der erworbenen Grundstücke und dem Verkaufspreis auf.

In nichtöffentlicher Sitzung wurde beschlossen, zur Klärung der Verhältnisse bei den Grundstückskäufen sachverständige Zeugen aus der städtischen Verwaltung zu vernahmen. Zu den Unklarheiten über die Einschulungen und Ausgaben aus den Sonderfonds des Oberbürgermeisters Böhm soll Böhm selbst, weiter sein Bürodirektor und Stadtrat Geer, der Leiter der Festspiele der Stadt Berlin, gehört werden.

Bürgerkriegsspiel

CMA, Berlin, 30. Sept. Im Hofen Berlins gab heute abend der 20jährige Nationalsozialist Paaselt auf das 23jährige SPD-Mitglied Steinhauser Schüsse ab, durch die er an Brust und Knie verletzt wurde, so daß er ins Krankenhaus übergeführt werden mußte. Ein Schuß drang durch die Scheibe eines gerade vorüberfahrenden Straßenbahnwagens, wobei ein Fahrgast leicht durch Glas splitter verletzt wurde. Der Täter wurde festgenommen.

Mord oder Selbstmord

Das Continental-Nachrichtenbüro meldet aus Berlin: Der 24-jährige Kader Gannert, der der Nationalsozialistischen Partei angehört, wurde gestern abend in seiner Wohnung tot aufgefunden. Der Tod war durch einen Schuß in den Mund herbeigeführt worden. Die materiellen Umstände bei seinem Tode, die anfangs das Gericht von einem politischen Mord Unklar geben hatten, sind durch die polizeilichen Ermittlungen soweit geklärt, daß nach Auffassung des Polizeipräsidenten ein einwandfreier Selbstmord vorliegt. Nach den polizeilichen Feststellungen hätten ihn zwei Parteigenossen nach Hause gebracht, Gannert soll die Ausrüstung getan haben: „Wenn das Dritte Reich so aussieht, dann schicke ich mir lieber eine Kugel durch den Kopf“. Aus Kreisen seiner nationalsozialistischen Parteifreunde wird dagegen entschieden bezichtigt, daß er eine solche Bemerkung habe fallen lassen. Man glaubt vielleicht auf Grund verschiedener Umstände an eine Tot von dritter Hand. Die Ermittlungen in dieser Sache dauern noch an.

Der famose Leipziger Prozeß

Einen Leutnant, den verhaftet man nicht, Man stellt ihn auch nicht vor Gericht, wie anderes Geschlecht, Herr Untersuchungsrichter.

Sch'n Sie sich viele Junken an! Die fahren mit der Eisenbahn, nur um sich zu beschäftigen, das ist doch kein Verbrechen.

Herr Stiller kommt, Herr Dittler schwört, Wer ist erkaunt, wer ist emdört, wenn er den Eid mal wieder bricht heim Melancholiumsunterricht?

Somas hat Leidsig nie geliehen, Die Fahne sinkt, die Männer stehen, Zur Szene wird das Tribunal und zum Standal.

Einen Leutnant, den verhaftet man nicht, Bald sch'n Sie selber vor Gericht, wie anderes Geschlecht, Herr Untersuchungsrichter.

K 111 b.

Lord Birkenhead

London, 30. Sept. Lord Birkenhead ist heute im Alter von 88 Jahren gestorben.

Reminiszzenzen

Von einem Parteigenossen, der mit in der Hauptkategorie des Reichskampfes gestanden hat, wird uns geschrieben:

In der politischen Welt herrscht mancherlei Verleumdung, weil die Nationalsozialisten mit der Hilfe der Partei der Reichswähler, die nur dann alle sieben Jahre fast zur Wahlurne schreitet, im Reichstag eine abstimmgebietende Stellung erlangte. Nun, diese Angelegenheit hat auch eine Kehrseite. Die Sozialdemokratie bekämpft sich zum Sozialismus der Vernunft, der seine Grundlagen in der Entwicklungslehre hat. Sozialismus der Verweilung ist, was die Kommunisten anstreben. Die von den Nationalsozialisten ins Volksbewusstsein gestreuten Ideen lassen sich als einen Sozialismus der Phrasologie bezeichnen, der schon bei seinen ersten Proben aufs Exempel zerfallen wird. Ueber Wahlen und über — wenn es wahr werden soll, was Hitler verspricht — einen Bürgerkrieg hinweg, wird die Entwicklung der Wirtschaftsmacht zum Sozialismus führen, wie er vernunftgemäß von der Sozialdemokratie angelehrt wird. Viele der von den Nationalsozialisten aufgerichteten bürgerlichen Wähler werden sich früher oder später zur Sozialdemokratie bekennen, denn ein Zurück zur alten liberalen Weltanschauung gibt es für sie kaum mehr, da jeder neue Tag großkapitalistischer Machtausübung die bürgerlichen Grundlagen einer „alten guten“ Zeit weiter erschüttert.

Den Kommunisten geht unter sozialistisches Rollen nicht weit genug; die Nationalsozialisten acht es zu weit. Selbst ist unsere organisatorische Stärke, unter politischer Einfluss in Gemeinde und Staat ein Greuel. Die einen wie die anderen wollen die Geschlossenheit der deutschen Gewerkschaftsbewegung brechen, die blühende Genossenschaftsbewegung der Verbraucher wollen sie zerstören. Dieser Ziele wegen werden diese beiden pseudo-sozialistischen Parteien von den rechtslebenden bürgerlichen Parteien weniger gefördert wie die Sozialdemokratie, die eine sogar hierwegen von Industriellen finanziert.

Die Störung von sozialdemokratischen Wählerparlamenten lieben sich die Kommunisten wie die Nationalsozialisten angehen sein. Letztere insbesondere alauben, absolute Herren der Situation zu sein. Dieser Terror wurde gebracht, dank der Hilfsbereitschaft des parteigenössigen Saalkühnes und des Reichsbanners, dank vor allem auch durch die Tatkraft von Polizei und Gendarmen. Diese Anerkennung läßt sich nicht ohne das Bewußtsein einer Beschämung ausprechen, die darin zu erblicken ist, daß überhaupt ein politischer Schutz der politischen Zusammenkünfte erforderlich war.

Der Tiefstand unterer politischen Kultur und der politischen Erziehung des Volkes zeigte sich am stärksten in der politischen Verschlimpfung sozialdemokratischer Kandidaten. Wer von letzteren im Verlaufe der letzten Jahre nur irgendwie im öffentlichen Leben besonders heraus ragte, wenn auch nur dadurch, daß er ein öffentliches Amt bekleidete, brauchte auf eine lässliche Beschämung nicht mehr zu rechnen. Dafür aber mußte er die persönliche Hebe, die sich nur denken läßt, in Kauf nehmen. Jetzt hintennach wünschen die Verleumder um Nachsicht, jetzt wollen sie mitberaten worden sein und die bauen auf nachsichtige Richter. Wenn in einem solchen Verleumdungsebene der Partei kaum ein Schaden anesetzt werden konnte, dann braucht uns um ihre Zukunft nicht zu bangen.

Beamtengehälter und Pensionen waren im Wahlkampf ein beliebter Agitationsstoff, bei den Gemeindevätern werden sie es wieder sein. Seviering hat als Reichsinnenminister mit den Ministerpensionen alter Ordnung einen Schluß gemacht. Gleichwohl lauten ihm seine Feinde nach, er habe es zu einem gehörigen Vermögen gebracht. In einem Flugblatt für eine Splitterpartei stand zu lesen, Genosse Müller habe bei seinem Abgang vom Amt 100 000 Mark mitgenommen. Als ein ehrenhafter Kandidat wurde dann in diesem Flugblatt ein ehemaliger Oberbürgermeister gerufen, der aber selbst ein aktives Ministergehalt, wie es in einem kleineren Staat üblich ist, als Pension bezieht und der, damit nicht zufrieden, mit seiner Stadt noch auf Gewährung einer höheren Pension prozessierte. Gehälter und Pensionen drüber auf den Beschlüssen der Parlamente. Diesen Beschlüssen gingen ordnungsgemäße Prüfungen über die Anforderungen an die Dienststellen voraus. Macht die allgemeine Zeitlage eine Korrektur dieser Beschlüsse erforderlich, dann wird dies im ordentlichen Verfahren erfolgen, wie dies bereits in jüngster Zeit verschiedentlich geschehen ist. Höher als Minister- oder Bürgermeistergehälter sind vielfach die Gehälter von leitenden Betriebsbeamten usw. in Staat und Gemeinden. Das Problem der allgemeinen Gehaltsrevision ist somit akut geworden, wobei immer noch zu bedenken ist, daß an den unteren Gehaltsgruppen nichts abgezweigt werden darf. Das den Beamten bereits auferlegte Reichsnotopfer mag in eine Gehaltskürzung umgewandelt werden, dann weiß die Öffentlichkeit besser, wie es um die höheren Beamtengehälter bestellt ist.

Der verstorbene Zentrumsabgeordnete Dr. Jehnter laaie einmal in seiner recht derben Art, es werde in solchen Dingen oft eine Volkshurerei betrieben. Das soll heißen, es werden böse Verdächtigungen gemacht, bis dann in einer ruhigeren Zeit das Volk einseht, wie es am Kartentisch herum geführt wurde. Diese Lehre wird durch die folgenden Ergebnisse aus dem Wahlkampf gestützt.

In einem Ort bei Bruchsal erzählt ein den Nationalsozialisten angehörender Volksschullehrer, die Lehrer hätten bei der letzten Besoldungsregelung gar keine Gehaltsforderungen gestellt; die Aufbesserung der Besälne sei ihnen direkt aufgedrängt worden.

Ein Industriewerk in einer Stadt am Neckar ist der Standort der Hitlerbewegung des Bezirks. Der Betriebsleiter ist der Führer dieser Bewegung. Diesem und dem Direktor des Werkes wurde öffentlich die Frage voraelegt, ob es richtig sei, daß einige Beamte dieses Werkes so um 20 000 M herum als Einkommen zu versteuern in der Lage seien, ganz abgesehen von dem Direktor, dessen Vermögenszuwachs auch nicht unterbeschießlich sein soll. Diese Herren schwiegen sich aus. Sie sind sicherlich sehr froh, daß die Steuerlisten nicht öffentlich ausgelegt werden dürfen und daß die Mitglieder der Steuerzuschüsse unter Amtsschwiegensheit stehen. Den Gehalts- und Lohnempfängern bei öffentlichen Behörden kann jeder Verdienst nachgerechnet werden, keiner von ihnen ist imstande auszubrechen und das Einkommen in Privatautos anzulegen, wie man das heute in der Geschäftswelt massenhaft beobachten kann.

Wie es wirkt, wenn solche Leute einmal mit gelicher Münze heimbekehrt bekommen, zeigte sich in einer Wählerparlamentung bei einem kommunistischen Diskussionsredner. Als ihm wegen seinem Vorbringen über die hohen Gehälter gelaat wurde, er könne sich doch auch nicht beschweren, er habe es ja leidlich zu etwas gebracht — als mehrfacher Hausbesitzer in der Nachkriegszeit — da geriet dieser Mann arg in Rage, daß man seine Privatangelegenheiten öffentlich breit treie. So etwas darf man nur einem sozialdemokratischen Volksvertreter antun. Natürlich!

Im Kinsigal läßt ein ehemaliger Offizier als Fabrikant. Er schimpft auf die Republik, auf die hohen Gehälter. Auf Hitler schimpft er. Immerwährend steht er wegen Lohnhöhen vor den Gerichten. Nichts will er von einem gezielten Schutz des Arbeitsverhältnisses wissen, nichts von einer Fabrikdirektion. Er weiß genau, daß der von Hitler gedrohte Sozialismus nur Phrasole ist

und daß die von ihm mit angefretete Volksgemeinschaft nur ein Sprungbrett für die Aufrichtung einer Herrschaft sein soll.

Und die Moral der Geschichte: Wer vom Rathaus kommt, ist geheimer als vorher. Auf dem Rathaus kann nicht nur der Mund schneidet, es muß auch gepiffen werden. Die Zeit, wo Millionen nationalsozialistischer Wähler an den Beispielen der praktischen Arbeit ihrer Erwählten erkennen werden, ob sie klug oder dumm waren, als sie wählten, wird für die Sozialdemokratie eine Zeit kräftigen Voranmarchierens sein. Auf diese Zeit wollen wir uns jetzt schon einrichten.

Freistaat Baden

Mißglückte deutschnationale Schulkritik

Von der badischen Unterrichtsverwaltung

wird zu dem in der „Freigauzer Zeitung“ vom 17. September 1930 unter der Ueberschrift: „Am Zauberkreis des Herrn Kemmele“ erschienenen Artikel, auf den wir vor kurzem bereits eingegangen, folgendes geschrieben:

Es ist richtig, daß ein Karlsruhe Schüler einer höheren Lehranstalt weil er sich im Juni dieses Jahres an einem mitternächtlichen Anlehen von nationalsozialistischen Anrufen beteiligt hatte, nach vorausgegangenem, rechtssträtiger polizeilicher Bestrafung durch die Lehrerversammlung und den Beirat seiner Anstalt ausgewiesen wurde. Nicht richtig ist dagegen, daß die Erstredung dieser Ausweisung auf alle Schulen des Landes, die nur vom Unterrichtsminister verfügt werden kann, erfolgt ist.

Der Fall des Freiburger Schülers, der sich zweimal in Wahlversammlungen in Freiburg in kommunistischem Sinne betätigte, ist dem Unterrichtsministerium erst am 16. Sept. und dem Unterrichtsminister erst am 29. September nach seiner Rückkehr aus dem Urlaub bekannt geworden. Die zuständigen Schulinspektoren, Lehrerkollegium und Anstaltsbeirat, werden diesen Fall nach Abschluß der erforderlichen Feststellungen zu ahnden haben. Wie aus dem Freiburger Vorkall bei dieser Sachlage dem Unterrichtsminister der Vorkall gemacht werden kann, er müsse mit anderer Maß, ist unerklärlich. Eine derartige Kamofesweise richtet sich selbst.

Was den Fall der Mannheimer Realschülerin anbelangt, so hatte eine erneute Prüfung der Angelegenheit im Unterrichtsministerium ergeben, daß es sich nur um wenige Stunden handelte, deren Freigabe bis zum Schluß für den Vorbereitungsunterricht auf die Jugendfeier der Freiheitsfeier begehrt wurde. Der betreffende Organisationsrat wurde gleichzeitig aufgegeben, im nächsten Schuljahr diesen Unterricht so zu legen, daß eine Kollision mit dem Schulunterricht nicht mehr eintrete.

Im übrigen sind ähnliche Freigaben für den Vorbereitungsunterricht zur ersten Feier des Abendmesses wiederholt erfolgt, auch schon im alten Staat, ohne daß bisher irgendwelche Einwendungen dagegen erhoben worden.

Zu dem Fall am Mannheimer Gymnasium ist nur zu bemerken, daß bei der ganz groben Mißverständigung (Entwenden von Schulbänken aus dem Direktorzimmer), die sich der Hausmeister (Beamter) zuschulden kommen ließ, eine Geldstrafe von 20 Mark als eine außerordentlich milde Strafe zu bezeichnen ist, und daß dem Unterrichtsminister höchstens wegen der Milde dieser Bestrafung ein Vorwurf gemacht werden könnte. Auf der anderen Seite war es, wie in anderen, ähnlich gelagerten Fällen, nicht zu verantworten, den Schüler, der übrigens in dem betreffenden Fach schon vor dem Vorkall bereits die Note „sehr gut“ hatte, über die durch die Anstaltsdirektion erfolgte Bestrafung mit Karzer hinaus durch Verweigerung der Zulassung zum Abitur dauernd zu schädigen.

Die neue Mannheimer Rheinbrücke

Ueber die neue Rheinbrücke Mannheim-Ludwigsbafen, mit deren Bau am Donnerstag begonnen worden ist, wird bekannt, daß sie mit drei Spannweiten von je 91,3 Meter gleich rund 274 Meter, einem Mittelstang von 15,5 Meter und zwei Pfeilern gleiche Länge und fast gleiche Höhe der gegenüberliegenden Brücke erbaut wird. Die Unterante des Ueberbaues steigt 9,1 Meter über dem höchstzulässigen Wasserstand. Die Montage des eisernen Ueberbaues beginnt am 1. August 1931 und soll Ende Februar 1932 beendet sein. Die Brücke einschließlich Fahrbahn wird Ende Mai 1932 fertig sein. Es schließt sich eine dreimonatige Umbauzeit für die alte Bahnbrücke in eine Straßenbrücke an.



Hoch Klingt das Lied vom braven Mann

Oben: Das bei Devon gestrandete belgische Schiff „Jeda“. Unten links: Der Retter der Besatzung, der Matrose Kaewels. Unten rechts: Ein Mann der Besatzung rettet sich von dem gestrandeten Schiff an der Leine aus Meer. Bei Devon lies in hohem Seegang das belgische Schiff „Jeda“ auf die Felsen auf und erhielt ein atones Led. Der Matrose Kaewels irrte mit einer Leine in die Wellen, gelangte bis ans Ufer und besetzte die Rettungsleine dort. Mit ihrer Hilfe gelangte die bedrängte Mannschaft an Land.

Sowjetstern und Hakenkreuz

Die Behauptungen Besjedowskis über Sowjets-Gelder an Hakenkreuz

Aus Paris wird gemeldet: „Wir haben den Beweis in der Hand, daß ein Geheimvertrag zwischen den Hitlerleuten und den Volksgewissen besteht“, so schreibt die patriotische Oedre und veröffentlicht sechs nummerierte Dokumente von dem ehemaligen Geschäftsträger der russischen Botschaft in Paris. Das erste Dokument datiert aus Dresden vom 16. 5. 1930 und enthält eine Dienstmeldung an die auswärtige Abteilung der GPU, ihre Verpflichtungen innezuhalten, koste es was es wolle. Das zweite Dokument stellt eine angebliche Quittung Adolf Hitlers mit folgendem Wortlaut dar: „200 Stüde erhalten zu haben, beiseitigt, Salzburg, 10. 6. 1930, Adolf.“ Das dritte Dokument datiert ebenfalls aus Salzburg vom 10. 6. und ist der amtliche Bericht der beiden russischen Delegierten Bartis und Bitowskitch über die Auszahlung dieser 200 Stüd an Adolf Hitler Die Uebergabe des Genannten erfolgte durch einen gewissen Tibor, wohnhaft in Mostau, Twerlaia 29. Die beiden Delegierten wohnen der Auszahlung nicht direkt bei, sondern lauschten im Hotelzimmer nebenan. „Wir haben die ganze Unterredung zwischen Tibor und der anderen Person angehört,“ schreiben sie in ihrem Bericht, sowie die Proteste der Person gegen die Abfassung der Quittung. Wir sind dann — heißt es weiter — in den Korridor des Hotels gegangen und haben dort gewartet, bis die Person das Zimmer Tibors verließ. Wir haben in dieser Person unzweifelhaft Adolf Hitler erkannt, den wir bereits in München mehrfach zu sehen Gelegenheit hatten.“

Weiter wird dazu gemeldet: Als Kernstück der neuen angeblichen Enthüllungen Besjedowskis in dem nationalsozialistischen Blatt V'Ordre, betrachtet der Urheber der Veröffentlichung wohl das sechste und letzte Schriftstück, das auch das bei weitem umfangreichste ist. Sein Inhalt läßt sich kurz dahin zusammenfassen, daß in Garmisch-Partenkirchen am 16. Juli in einer Villa eine Zusammenkunft zwischen sowjetrussischen Agenten und nationalsozialistischen Bevollmächtigten stattgefunden haben soll. Die Besprechungen liefen daraus hinaus, daß die Sowjetunion der nationalsozialistischen Partei fünf Millionen Mark für Wahlzwecke zur Verfügung stellen sollte. Die Gegenleistung der Nationalsozialisten wird spezifiziert in Erklärungen, die von nationalsozialistischer Seite zur Verleugung gebracht wurden. Sie bewegen sich etwa in folgenden Gedankengängen: Die NSDAP erkenne die Sowjetregierung als die einzige und einheitliche nationale Regierung des alten Reichslands an, aber sie halte es aus Erwägungen taktischer Art nicht für möglich, diesen Standpunkt offen zu proklamieren. Die Nationalsozialistische Partei bekämpfe den Kommunismus, rechne aber mit seinem erschierischen Wert unter den Arbeitermassen und sei bereit, eine Arbeiterregierung zu unterstützen, wenn eine solche Regierung zustande komme, unter der Bedingung, daß sie das Programm der nationalen Wiedergeburt verwirkliche, über dessen Grundzüge bei einer früheren Zusammenkunft in Vins diskutiert worden sei. Der russische Vertreter hat anebstlich keine Einwendungen grundsätzlicher Art vorzubringen gehabt, und es soll dann über die Art und Weise der Ueberweisung des Geldes gesprochen worden sein. Als nationalsozialistische Vertreter werden genannt Major Schneidhuber, München, Dr. Fabricius, Berlin, Hauptmann Stennes, Berlin, von Detteln, Dresden und Angenieur Dorich, Berlin. Das angebliche Dokument selbst ist in der Form eines Berichtes des Vertreters Sowjetrusslands in dieser Sitzung an eine überordnete sowjetrussische Stelle ausgesetzt.

Hitler berichtigt

Zu den Enthüllungen Besjedowskis verendet Adolf Hitler folgende Berichtigung: Es ist unwahr, daß die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei aus Rußland für die Wahlen 5 Millionen Reichsmark erhielt. Wahr ist, daß weder die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, noch ein Mittelsmann derselben finanzielle Zuwendungen aus Rußland in irgend einer Währungsform, sei es direkt oder indirekt, erhalten hat. Unwahr ist, daß ich am 10. Juli 1930 in einem Hotel in Salzburg von einem gewissen Tibor eine Geldsumme ausbezahlt erhielt. Wahr ist, daß ich seit sechs Jahren nicht mehr in Oesterreich war. Es ist unwahr, daß in Garmisch-Partenkirchen eine vertrauliche Zusammenkunft zwischen Sowjet-Emisären und „Hitlerianern“ stattgefunden hatte. Wahr ist, daß niemals in einer Zusammenkunft zwischen Sowjetemissären oder sonstigen Mittelsmännern der Sowjets und irgendwelchen Beauftragten der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei oder Beauftragten derselben irgend eine Erklärung an die Sowjetunion oder deren Vertreter abgegeben wurde.

Major a. D. August Schneidhuber (München) verendet eine ähnliche Berichtigung.

Das neue österreichische Kabinett

Wien, 30. Sept. Amtlich wird mitgeteilt: Das neue Ministerium ist soeben gebildet worden und hat die Anselobung in die Hände des Bundespräsidenten anesetzt.

Die Zusammensetzung ist folgende: Raugoin Bundeskanzler und Heerweien,

- Schmid Biselanzler und soziale Verwaltung,
- Seipel Auheres,
- Führ Starhembera Inneres,
- Sueber Justiz,
- Zug Finanzen,
- Seinl Handel,
- Thaler Landwirtschaft,
- Czermaf Unterricht.

Das Dekret über die Auflösung des Nationalrates wird als unmittelbar bevorstehend erwartet. Das Kabinett ist ein Minderheitskabinett. Sämtliche Minister gehören der Christlich-Sozialen Partei an bis auf zwei Minister der Heimwehr und den Beamtenminister Zug. Die Neuwahlen sollen am 9. November stattfinden.

48-Stundenwoche im Leuna-Werk

WTA berichtet: Die Ammoniat-Werke Merseburg, G.m.b.H., (Leunawerk), gehen in den durchlaufenden Wechselbetrieb von der 56-Stundenwoche auf die 48-Stundenwoche über. Dadurch können rund 700 Arbeiter, die bisher mit Notstandsarbeiten beschäftigt waren, wieder in den regulären Produktionsbetrieb eingestellt und somit vor Entlassungen bewahrt werden. Diese Maßnahme ist vorübergehend bis zum Eintritt besserer wirtschaftlicher Verhältnisse vorgeleben.

Aus aller Welt

Truppentransportauto in Marrateich umgestürzt

Marrateich, 30. Sept. Ein Truppentransport (Schul) zwischen Warschau und Tschischka um sechs Mann wurden getötet, zahlreiche andere verletzt.

Student Halsmann bequadtigt?

Wien, 30. Sept. Bei den alljährlichen Bequadtigungen unterzeichnete der Bundespräsident heute u. a. die Bequadtigung des Studenten Philipp Halsmann, der aufgrund eines Indizienbeweises wegen Totschlages an seinem Vater vom Innsbrucker Schwurgericht zu 4 Jahren schweren Kerlers verurteilt worden war.

Wegen Urkundenfälschung verurteilt

Berlin, 30. Sept. Der Berliner Stadtschreiber Wolf ist zu 3 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt worden, und zwar wegen fortgesetzter schwerer Urkundenfälschung in Lateinbeit mit fortgesetztem Betrug.

Wegen ein paar Äpfel erschossen

Wegen ein paar unrechtmäßig erworbenen Äpfeln ist in Markbronn bei Blaubeuren ein junger Mensch erschossen worden. Der Feldschütz stellte drei junge Burschen beim Äpfelheben. Da sie ihre Namen nicht nennen wollten, sollten sie aufs Rathaus mitkommen. Jetzt versuchten sie zu fliehen, worauf der Feldschütz mit dem Revolver einen Schreckschuss abgab. Leider wurde der 18jährige Willi Lurein von dem Schuss in der Leistenenge getroffen. Mit der Heranziehung eines Arztes haben die Burschen ein paar Stunden gezögert, so daß der junge Mensch an den Folgen des Schusses starb, ehe ihm Hilfe zuteil werden konnte.

Erwischte Falschmünzer

In Beckingen bei Reutlingen hat ein Schlosser falsche fünfmarkige Reichsmünzen hergestellt und durch eine Arbeiterin in Umlauf bringen lassen. Beide wurden verhaftet und das Münzgerät beschlagnahmt.

Die Konten der Frau von Puttkammer

Die Untersuchung gegen die unter dem dringenden Verdacht des Meineids und des Konkursverbrechens verhaftete Baronin von Puttkammer hat jetzt zu überraschenden Ergebnissen geführt. Bei zwei Breslauer Banken wurden große Geheimkonten der Verhafteten beschlagnahmt, deren Höhe mehr als eine Viertelmillion Mark betragen soll.

Stirbt der Subitop?

Der in Wien tagende Trientkongress hat dem Subitop das Todesurteil gesprochen. In einer Resolution des Kongresses wird förmlich festgestellt, daß das kundenhaft kurzgeschlittene Haar der Frau von nun an der Vergangenheit angehört. Fragt sich allerdings nur, ob sich die Frauen nach dieser Resolution ihrer Trienturichten werden? —!

Todesfahrt mit dem Motorrad

Säufern, 30. Sept. An der Eisenbrücke fuhr der beim Schlachtereibau beschäftigte Oskar Schmeitz mit seinem Motorrad, wahrscheinlich infolge des Nebels, auf ein entgegenkommendes Kraftauto auf. Er wurde so schwer verletzt, daß er wenige Augenblicke später starb. Sein Soziusfahrer wurde mit schweren Bein- und Kopfverletzungen ins Krankenhaus verbracht.

Spanien eröffnet seine Stierkampfsaison

Nach einer traditionellen Sitte in Pamplona werden die Stiere zur Eröffnung der Stierkämpfe durch die Straßen der Stadt getrieben. Der gesamte Verkehr muß ruhen, und die Bevölkerung ist hundentausend auf den Beinen, um das eigenartige Schauspiel mit anzusehen. Am Schluß der aufregenden Jagd stürzt öfter das Publikum mit in die Arena, um die Stiere mit roten Tüchern bis aufs äußerste zu reizen.



Aus dem Gerichtssaal

Falschmünzer. Zahlreiche Falschmünzen von 5 Mark, 2 Markstücken und 50 Pfennigstücken wurden in der letzten Hälfte des vergangenen Jahres in Mannheim in Umlauf gesetzt. Sie waren so täuschend nachgemacht, daß sie auf den ersten Blick nicht als falsch zu erkennen waren. Erst im Januar ds. Js. gelang es, die Täter bei der Ausgabe zu fassen. Die Hersteller waren der 26 Jahre alte Schreiber Wilhelm Steiner aus Ensbach, Mannheim und der Arbeiter Janas Eisenbauer aus Gerolshausen, beide in Mannheim wohnhaft. Steiner eröffnete im Juli v. J. den Betrieb. Im Herbst machte er Eisenbauer zu seinem Vertrauten und dieser übernahm dann die Fertigung der von Steiner geschaffenen Münzen. Steiner machte vor dem Gerichte gestanden, daß er große Mühe genommen habe, seine Frau bei seiner Tätigkeit an der großen Mühseligkeit zu beteiligen. Seine Frau sei schwer krankenleidend und er habe nur 16 RM. Unterstützung monatlich erhalten. Das Gericht fällte folgende Strafen: Steiner, der wegen Diebstahls rückfällig ist, vier Jahre Gefängnis, Eisenbauer ein Jahr neun Monate. Bei beiden abzüglich 2 Monate Untersuchungshaft. Die der Mittelschicht angefallenen Erny und Weniger erhielten 4 Monate bzw. 6 Wochen Gefängnis. Steiner wurden die Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren aberkannt.

Hebammen-Tagung

Der Allgemeine Deutsche Hebammenverband (Stk Leipzig) hält seine Haupttagung in Dresden ab. Die Tagung wurde im Konzertsaal des Ausstellungspalastes durch die Vorsitzende des Bundes, Frau Emma Kaufmannbach (Leipzig), eröffnet.

Aus der Reihe der weiteren Begrüßungsansprachen verdienen u. a. noch die des Vertreters der Ärzteorganisation, Dr. Brange, Erwähnung, der auf die gemeinschaftlichen Interessen und wirtschaftlichen Bestrebungen der Ärzte und Hebammen hinwies, sowie die von Professor Siegel, Direktor der Hebammenlehranstalt in Jüterburg, der einen besonderen Gruß des Landeshauptmannes von Ostpreußen und der Vereinigung der Hebammenlehrer überbrachte. Auch eine Kollegin der Tschscholomakei betonte das Interesse an den Arbeiten der deutschen Berufsschwester. Hierauf trug die Vorsitzende des Verbandes, Frau Kaufmannbach (Leipzig), den Geschäftsbericht vor, der die eifrige und zielbewusste Arbeit der Organisation zur Erlangung günstiger Arbeitslohnbedingungen zeigte.

Die Tagesordnung brachte dann eine Anzahl Referate, die zum Teil von einem allgemeinen Interesse waren. So vor allem den Vortrag von Professor Kühner (Leipzig) über „Schwangerschaft und Erwerbsarbeit“. Der Vortragende, der auch eine Reihe von wertvollen Erhebungen veranlaßt hat, wies darauf hin, daß die Erwerbsarbeit in den ersten Monaten der Schwangerschaft die Gesundheit wahrscheinlich nicht schädige, daß dagegen schwere körperliche Arbeit in den letzten vier Wochen eine Erhöhung der Entbindung und eine Gefährdung des Kindes zur Folge habe. Nach den Erfahrungen des Vortragenden war die Geburtsdauer bei Frauen, die bis kurz vor ihrer Entbindung schwer gearbeitet hätten, länger als bei Frauen, die sich einigermaßen schonen konnten. Auch das Geburtsgewicht der Kinder war im Durchschnitt ganz erheblich niedriger bei der ersten Gruppe. Die besten Resultate in bezug auf Niederkunft und Geburtsgewicht zeigten sich bei Frauen, die als sogenannte Hauschwangere die Klinik vier Wochen vor der Entbindung aufsuchten und während dieser Zeit nur mit leichter Hausarbeit beschäftigt wurden. Die postale Versicherung hat in der Schwangerschaftsperiode diese Umstände berücksichtigt. Um einen weitergehenden Schutz der erwerbstätigen Schwangeren zu ermöglichen, ist beantragt worden, Schwangerschaftsbeschwerden als Krankheiten im Sinne der Reichsversicherungsordnung zu bewerten. Wie die sehr lebhaft ausgesprochene, haben sich in Kreisen der Hebammen starke Bedenken gegen diese Fassung erhoben, da die Hilfe der Hebammen bei Krankheiten nicht ohne weiteres honorarpflichtig sind. Sehr lebhaft waren auch die Diskussionen zu dem zweiten Referat der Frau Schulz (Berlin), der Vorsitzenden des Neupreußischen Hebammenverbandes über „Klinik und Hausentbindung“. Es bestebe gar kein Zweifel darüber, daß die meisten Entbindungen ebenigut und sicher im Privathaus verlaufen wie in der Klinik. Nur bei operativer Geburtshilfe oder schlechten hygienischen Verhältnissen sei Klinikentbindung notwendig.

Bemerkenswert war auch der Bericht der Schwester Gertrud Hoffmann (Lübeck) über „Die Lübecker Hebammen und die Calmettefütterung“. Diese Schwester hat die erste Calmettefütterung bei einem neugeborenen Kinde auf Anregung der Medizinischen Verwaltung vorgenommen und sich vorher genau nach der Anweisung des Mittelwerks erkundigt. Der Vater dieses Kindes war schwer tuberkulös, die Mutter hatte kurz vor der Niederkunft eine tuberkulöse Rippenfellentzündung durchgemacht. Es war mit größter Wahrscheinlichkeit auf eine tuberkulöse Erkrankung des Kindes zu rechnen. Dieses Kind blieb nach der Fütterung aber gesund. Diese Beobachtung scheint wesentlich dazu beigetragen zu haben, die Calmettefütterung in größerem Umfange durchzuführen. Die Lübecker Hebammen haben, wie die Rednerin hervorhob, sicher keinen finanziellen Vorteil aus der Fütterung gezogen. Sie wurde in jedem Falle erst nach einer schriftlichen Einverständniserklärung der Eltern vorgenommen. Dr. G. R.

Persil

wird billiger!

Mit dem heutigen Tage treten für Persil folgende neue Verkaufspreise in Kraft:

für das Normalpaket 40 Pfg.

für das Doppelpaket 75 Pfg.

Diese Preisermäßigung ist vor allem möglich geworden durch die immer mehr steigende Beliebtheit, der sich dieses einzigartige Waschmittel in der gesamten deutschen Hausfrauenschaft erfreut. Die überragende Güte, die von jeher sein hervorstechendes Merkmal war, wird es im Verein mit dem neuen verbilligten Preis noch mehr zum Liebling der Hausfrau und ihrem unentbehrlichen Helfer machen!

Persil wird niemals lose sondern nur in der bekannten Originalpackung verkauft.

Henkel & Cie. A.G.
Düsseldorf

Schober's Sturz

Ein lehrreiches Kapitel antimarxistischer Politik

Von Julius Deutsch, Wien

Zuflor einem Jahr war es, da schlugen die Wogen der Politik in Oesterreich hoch empor, so hoch, daß sie beinahe das Staatsgeschiff zu verfrachten drohten.

Damals rief das erschrockene Bürgertum, dem der „Antimarrismus“ wohl ganz recht war, das sich aber doch vor dem Bürgerkrieg fürchtete, nach einem „Retter“.

Ueber Nacht war das christlichsozialer Kabinett Streeruwitz gestürzt und Schober bestieg unter der Patronats des Major Waldemar Pabst den Kanzlerstuhl.

Von dem Augenblick an, an dem Schober mit den österreichischen Faschisten in Konflikt gekommen war, galt seine Stellung als erschüttert.

Um was handelte es sich in der Angelegenheit Strafella? Dieser Mann, der bisher den Posten eines Direktors der Grazer Straßenbahn bekleidete, war von den Faschisten dazu ausgerufen worden, Generaldirektor des größten Betriebes Oesterreichs, der Bundesbahnen zu werden.

In der politischen Welt Oesterreichs glaubte man, das dieses Gerichtsurteil den Fall Strafella erledigt habe. Aber es kam anders, ganz anders.

Baugoin, von keinerlei moralischer Empfindlichkeit anaeränkelt, benützte die Weigerung Schobers, an einer unaufrichtigen Handlung teilzunehmen, zum entscheidenden Vorstoß.

Ueber den Antimarrismus Schober hat jener antimarxistische Geist angefaßt, der vor keinerlei Schmutz zurückzuckt, dem jede auch die unaufrichtigste Waffe recht ist.

Was nun geschehen wird, ist noch nicht abzuwählen, vorläufig streben sich die Deutschnationalen und die Landbündler noch, in eine Regierung Baugoin einzutreten, die vor ganz Europa mit dem Stigma behaftet sein wird, eine Regierung der politischen Korruption und des Schiebertums zu sein.

Die Sozialdemokratische Partei hat erklärt, daß sie aus dem Durchgänger, den der Vizkanzler Baugoin angerichtet hat, nur einen Ausweg sehe, nämlich sofort Neuwahlen durchzuführen.

Obstfelle in der Wälsche.

Die die Kunst der in der Einmündigkeit zu befragen hat, können leicht und schnell entfernt werden durch das herkömmliche Abwehrmittel Seife.

Briand und die Frauen

Briand treibt weiter Friedenspolitik

Erläuterungen gegenüber der Internationalen Frauenliga Briand hat dieser Tage eine Abordnung der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit empfangen und ihr Erklärungen abgeben, die so marant friedensfreundlich sind, daß er sie wegen der Angriffe der französischen Nationalisten bemerzte.

„Lassen Sie sich nicht weismachen, daß die deutsche Frau bei den Reichstagswahlen schlecht gestimmt und für den Krieg gestimmt hätte.“

die deutsche Frau überhaupt an den extremen Bewegungen bei den Reichstagswahlen nicht beteiligt war.

traurigen Lage Deutschlands

suchen. Es wird in Deutschland in diesem Winter vielleicht vier Millionen Arbeitslose geben. Ein niedergedrücktes Deutschland ist eine Gefahr für den Frieden, und deshalb bin ich im Europäischen Studienauschuss für eine

Stärkung der Solidarität unter den europäischen Nationen eingetreten.

Ueberlegen Sie sich: Ueberall fliehen die Banken vor Geld über und in der Schweiz und in Holland sucht Geld vergeblich eine Anlage, um dann in Deutschland zu unerträglichen Zinssätzen angeboten zu werden.

Die anderen Länder müssen ihm sofort zu Hilfe kommen. Ich denke dabei an einen finanziellen Mechanismus, der die Länder in schwierigen Situationen unterstützt und damit der Friedenssache einen Dienst leistet.

Die Munitionsfabriken und die Waffenfabrikanter arbeiten gegen den Völkerverbund und bezahlen die Pressepropaganda, auf die wir in jedem Augenblick stoßen.

Zeitungsartikel gegen den Frieden

sind mit Federn geschrieben, die aus dem gleichen Stahl wie Kanonen und Granaten gemacht werden. Diese Kampagne, die von den Großinteressierten in der Presse geleitet wird, arbeitet fortgesetzt mit Lügen.

In diesem Zusammenhang verdient die gefirgte Erklärung Briands in Genf erwähnt zu werden, worin er seine Friedensliebe betonte, jedoch gegenüber den von Deutschland durch Curtius und anderen Staaten erhobenen Forderungen auf Abdriftung erstickte.

Wilhelm II. Rex

Feststellungen aus Fürst Bülow's Denkwürdigkeiten

Die Reichszeitung veröffentlicht zur Zeit aus dem toben erzielten Werk Fürst Bülow's „Denkwürdigkeiten“ (Copyright 1930 by Ullstein A.G. Berlin, Nachdruck verboten), Aussagen, welche interessante Einblicke in das alte Regime gewähren und aus dem Mund des einst vom Bürgertum so sehr gefürchteten Reichskanzlers Wilhelm's II. monarchistischen Kreisen manche Lehren erteilen, weshalb wir nachstehend einige kurze Sätze aus dem lehrreichen Werk wiedergeben:

Bismarckfeind Wilhelm an seine Mutter

Kaum zwei Monate nach dem Ableben des Fürsten Bismarck schrieb der Kaiser seiner Mutter, der Kaiserin Friedrich, über sein Verhältnis zu dem Kaiser seines Großvaters in englischer Sprache einen Brief, den Bülow nun in den „Denkwürdigkeiten“ mitteilt.

„Meine geliebte Mama! Von diesem Augenblick verlor ich die fürstliche Aufgabe, die Du damals nicht läßt, die der Himmel mir überstalt hatte: die Aufgabe, die Krone zu retten vor dem übermächtigen Schatten ihres Ministers.“

Rebellierende Junfer werden diszipliniert und gesellschaftlich geächtet

Am 19. August 1899 wurde im Preussischen Abgeordnetenhaus nach langen Kämpfen die Regierungsvorlage über den Bau des Dortmund-Rhein-Kanals mit 275 gegen 134 Stimmen abgelehnt.

Die Ernennung des Kaisers war groß. Er bombardierte mich, der ich als Staatssekretär des Innern damals mit der Kanalvorlage nicht das mindeste zu tun hatte, mit Telegrammen an clair, die von Ministern namentlich gegen den Grafen Limburg-Sturum (den Führer der Konföderation) ströten.

Die Ernennung des Kaisers war groß. Er bombardierte mich, der ich als Staatssekretär des Innern damals mit der Kanalvorlage nicht das mindeste zu tun hatte, mit Telegrammen an clair, die von Ministern namentlich gegen den Grafen Limburg-Sturum (den Führer der Konföderation) ströten.

und emding mich sichtlich befrüht mit den Worten: „Die Großen meines Hotes verlassen mich.“

Wilhelms Angst vor dem Hamburger Bismarck-Monument

Ganz antipathisch war Kaiser Wilhelm II. das herrliche Bismarck-Denkmal, das sich über dem Hamburger Hafen auf der Höhe erhebt. Der Kaiser kannte dies Denkmal nur aus Abbildungen, die er in illustrierten Zeitungen erblickt hatte.

Absetzung der römischen Cäsaen

Die Geschichte der römischen Kaiser übte eine starke Anziehungskraft auf ihn aus. Der Subtilität seines Lebens entsprechend war er überzeugt, daß eine Verherrlichung der römischen Kaiser zunächst auf die Stellung jetzt regierender Monarchen einwirken müßte.

Der Kaiser und der Sembrungha

In England wurde seinerzeit die Beobachtung verbreitet, der wirkliche Vater des Herzogs Ernst von Koburg sei ein Jude Simon Meyer gewesen.

„Ich habe nie etwas müßiger gefunden, als solche Redereien zu paternität. Nicht nur weil ein solches Gerumstümeln widerwärtig ist, sondern auch weil wir vor Gott alle gleich sind.“

„Ich habe nie etwas müßiger gefunden, als solche Redereien zu paternität. Nicht nur weil ein solches Gerumstümeln widerwärtig ist, sondern auch weil wir vor Gott alle gleich sind.“

„Ich habe nie etwas müßiger gefunden, als solche Redereien zu paternität. Nicht nur weil ein solches Gerumstümeln widerwärtig ist, sondern auch weil wir vor Gott alle gleich sind.“

Kleine bad. Chronik

Schwerer Verkehrsunfall

D3. Neulohheim, 30. Sept. In der gefährlichen Straßensprengung fuhr ein Speyerer Personenauto einem aus Wagbühl kommenden Motorradfahrer in die Flanke und schleuderte diesen auf den Gehweg. Dadurch wurde der dort stehende fünfjährige Sohn des Kraftfahrers Schmid am Kopfe schwer verletzt. Auch der Motorradfahrer erlitt schwere Schürfungen, während sein Soslus mit dem Schreden davon kam. Auto und Motorrad wurden schwer beschädigt.

Mannheim. In einer Wirtschaft der Sandhofer Straße entstand vergangene Nacht eine größere Schlägerei, wobei zwei Personen am Kopf bism. an der Stirne durch Werfen mit Gläsern verletzt wurden. Die 36jährige Ehefrau des Wirts wurde so schwer verletzt, daß sie im Krankenhaus aufgenommen werden mußte. Das Rührschiffsinventar wurde zum größten Teil zerstört. Die Täter, ein 23jähriger lediger Kaufmann und ein 26jähriger Schiffer, wurden durch das Polizeikommando festgenommen. — Das 18jährige Tochterchen des Schiffsführers Schmidt aus Rierstein fiel in einem unbewachten Augenblick von dem im Heck liegenden Schiff über das Gangbord und ertrank. Die Leiche konnte erst

abends abgeholt werden. — Am Montag vormittag fiel der 43-jährige verheiratete Kassenbote Peter Klee mit seinem Fahrrad gegen eine Zugmaschine. Kiel vom Rad und zog sich tödliche Verletzungen zu. — Beim Überqueren der Seidenheimer Straße wurde der 16jährige Hermann Ederl von einem Personenauto überfahren und auf der Stelle getötet.

*** Leberlingen.** Den Tod im See fand die 71 Jahre alte Schriftstellerin Eva Fischer. Ueber die Ursache des Todes nimmt man an, da keine Zeugen da sind, daß Fräulein Fischer auf dem direkt am Waller entlang führenden Weg vom Schwimmbad befallen wurde, in den See hülfte und trotz des niedrigen Wasserstandes den Tod fand. Fräulein Fischer befand sich in letzter Zeit wegen ihres leidenden Zustandes im Krankenhause.

*** Freiburg i. Br.** Gestern vormittag kurz nach 11 Uhr wurde die Feuerwehr nach der Kunstseidenfabrik Roda s e t a gerufen, wo bei Reparaturarbeiten ein Funke in Materialvorräte geflogen war und diese entzündete. Es entstand eine große Rauchentwicklung. Die Feuerwehr erschien mit drei Rettungswagen und zwei Kompagnien nebst einem Krankenwagen am Brandplat. Nach einer zweifündigen Tätigkeit war es gelungen, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken. Es sind ihm nur Materialvorräte zum Opfer gefallen. Der Betrieb der Fabrik erleidet keine Unterbrechung. Der Schaden ist nicht sehr bedeutend. Gegen 13.45 Uhr konnten ein Rettungswagen und eine Kompagnie abziehen, während die andere Kompagnie als Wache am Brandplat verblieb.

Grieken. Hier kürzte die Landwirtsehefrau Schilling vom Kartoffelmaagen herab und wurde überfahren. Sie erlitt schwere Brustverletzungen und Verletzungen am Kopf.

*** Wensingen (Amt Bruchsal).** Ein Schadenfeuer brach am Sonntag morgen in dem Maschinenhaus der Nebenbahn aus. Vermutlich hatten sich beim Anheizen der Maschine Funken festgesetzt. Das Dach wurde schwer beschädigt, ebenso eine Maschine. — Am Montag früh verbrannte zwischen Wensingen und Landsbau das Mischauto des Landwirts E u s von Landsbau. Der Chauffeur konnte sich durch Abspringen noch retten.

*** Waldorf.** Ein mit Wein beladenes Kestauto aus der Pfalz geriet abends auf der Landstraße nach Keilingen in den Straßengraben, wobei sich das Auto selbst entzündete und der Anhängewagen umkippte. Von den ca. 10.000 Liter Wein ging ungefähr die Hälfte verloren.

Marktberichte

Bietmarkt in Durach am 30. Sept. Aufgetrieben waren 31 Kühe, 14 Kalbinnen und Rinder, 12 Käber; verkauft wurden 22 Kühe, 10 Kalbinnen und Rinder, 12 Käber. Erzielte Preise: für Milchkühe: häufigster 550 M., niedrigster 540 M., höchste 650 M., für Jungkühe: häufigster 550 M., niedrigster 450 M., höchste 650 M., für Kalbinnen, tragend: häufigster 500 M., niedrigster 420 M., höchste 580 M., für Kälber: häufigster 280 M., niedrigster 200 M., höchste 350 M. Als häufigster Preis gilt der für die besetzten Wertklasse am häufigsten (meisten) besetzte Preis.

Schmoller

das Haus für sparsame Kunden

In allen Abteilungen Sonderangebote für Herbst u. Winter, die Ihre Beachtung verdienen

Am Donnerstag, den 2. Oktober 1930 bleiben unsere Verkaufsräume geschlossen

Hermann Schmoller & Co.

CAFÉ ODEON

Heute abend 1/9 Uhr

Großes Eröffnungs-Konzert

unserer Hauskapelle FRANZ DOLEZEL
in neuer Besetzung 6 Solisten!

Morgen Donnerstag, abends 1/9 Uhr

Erstes großes Sonder-Konzert

Solist: Herr Kapellmeister Franz Dolezel

Außerordentlich billig!

Reinwollene Kinder-Strickstrümpfe 95
mit Stopfkärtchen, farbig, bestes südd. Fabrikat, Gr. 7-9 1.25 Gr. 4-6 1.25 Gr. 1-3

Damen-Schlupfrosen 90
Baumwolle, innen geraut, viele Farben, Gr. 42-48 Paar

Notiz: Unsere Verkaufsräume bleiben Donnerstag, den 2. Oktober geschlossen.

KNOPF

Todes-Anzeige.

Heute entschlief sanft nach langem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden mein lieber Mann und treubesorgter Vater, Schwiegervater, Großvater, Onkel und Schwager

Jacob Burghardt

Kohlenhändler
im Alter von 63 Jahren.
Karlsruhe-Mühlburg, den 30. September 1930.

In tiefer Trauer:
Frau Lina Burghardt, geb. Wiedmann
Fritz Burghardt
Luise Burghardt, geb. Barquet
Enkel Manfred.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 2. Oktober, nachmittags 4 Uhr, auf dem Mühlburger Friedhof statt.

Städt. Festhalle

(Großer Saal)

Samstag, 4. Oktober

Aus Anlaß des 33. Stiftungsfestes

Fest-Konzert

mit anschließendem Ball

Beginn 8 Uhr Einlaß 7.30 Uhr Ende 4 Uhr

Kartenverlauf sowie alles Nähere siehe Plakatanschlag

Zentralverband der Angestellten Ortsgruppe Karlsruhe

Große Auswahl form schöner

MÖBEL

der neuesten Stil- und Holzarten in Qualität, am besten u. billigsten bei

Heinrich Karrer

19 Philippstr. 19

Kein Laden Eig. Schreinerei u. Polsterwerkstätte

Ratenkaufabkommen Teilzahlung / Franko Wohnung allerorts

BESUCHEN SIE DAS

Dammerstock-Restaurant

Heute Schlachttag

Schlachtplatte ab 4 Uhr ab 7 Uhr abends Konzert

Reparaturen an Uhren u. Schmuck werden fachgemäß und billig ausgeführt

J. Gelmann

Uhren u. Goldwaren
Zähringerstraße 36
Hier werden auch unzerbrechliche Gläser eingesetzt

Volkschor Karlsruhe-West e.V.

Todes-Anzeige.

Sie legen unsere Mitglieber von dem Ableben unseres höchsten Mitgliedes

Jacob Burghardt

hiermit geteilt in Kenntnis.

Die Beerdigung findet Donnerstag, 2. Oktober, nachmittags 4 Uhr, auf dem Mühlburger Friedhof statt.

Die Mitglieber treffen sich um 1/4 Uhr in den „Drei Linden“.

Um zahlreiche Beteiligung erlucht

Der Vorstand.

COLOSSEUM

Heute abend 8 Uhr

Eröffnungs-Vorstellung

des

Brasilianischen Kaleidoscope

Eine Bühnenschau in 62 Bildern von sinnbetreuendem Rhythmus

Fleischiger Wächter und Intallateur sucht Stellung

Dauer, Hechingstr. 1a

Motocord, 250 ccm elektr. Licht, Horn, 1. best. Zustand, preisw. z. verk. Kriegsj. 198. (Quoz)

Wieder-Weid, für 8 bis 10jähr. fast neu, breiten Toberl. z. verk. Fr. 12.4

Durich, Kronenstr. 22 bei Wetter. 81093

Gesamtverband der in öffentl. Betrieben beschäftigten Arbeitnehmer und des Personen- und Warenverkehrs

Freitag, 3. Oktober, abends 8 Uhr, im Volkshaus:

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht vom II. Quartal
2. Verhandlungsgegenheiten.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Die Ortsverwaltung

Neuaufgabe!

Philipp Scheidemann

Memoiren eines Sozialdemokraten

ungekürzte Volksausgabe
Leinen gebunden für RMk. 7.50

SOEBEN ERSCHEINEN!

Volksfreund-Buchhandlung

Karlsruhe, Waldstraße 28 / Telefon 7020 und 7021

Jede Familie sollte sich an der

Preuß.-Süddeutschen Klassen-Lotterie

beteiligen. Es ist bestimmt kein Luxus und keine Verschwendung, wenn Sie sich einen Ihren finanziellen Verhältnissen entsprechenden Losanteil kaufen. Sie sind es sich und Ihrer Familie schuldig, das kleine Risiko einzugehen.

6157

Bernhard Goldfarb

Badischer Lotterie-Einnehmer

Kaiserstraße 181, Ecke Herrenstraße

im Laden des Herrenmoden-Hauses Josef Goldfarb
Postcheckkonto Karlsruhe Nr. 19 705

Bitte steigen Sie nur eine Treppe dann sparen Sie viel Geld

Daniels
Konfektions-Haus
Wilhelmstr. 36, 1 Tr.
Ratenkaufabkommen

Herbst-Neuheiten
Damen-Mäntel
Damen-Kleider

Große Auswahl enorm billig

Pflastermännchen „Lebewohl“

Das Hühneraug' verfolgt den Menschen Wie ein Gespenst bei Tag und Nacht Bis „Lebewohl“ das Pflastermännchen Dem großen Weh ein Ende macht

*) Gemeint ist natürlich das berühmte von vielen Ärzten empfohlene Hühneraugen-Lebewohl und Lebewohl-Balmsalben gegen empfindliche Füße und Fußschweiß-Schachtel (2 Bäder) 50 Pfg. erhältlich in Apotheken und Drogerien Wenn Sie keine Enttäuschungen erleben wollen, verlangen Sie ausdrücklich das echte Lebewohl in Blechdosen und weisen andere, angeblich „ebensogute“ Mittel zurück.

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Heute Mittwoch

Haupt-Versammlung

im Friedrichshof. Beginn Punkt 8 Uhr. Tagesordnung: 1. Der Ausfall der Reichstagswahlen...

Am Freitag, 3. Oktober, abends 8 Uhr, beginnen Karl-Friedrich Straße 22, III, die Abendkurse...

Am Donnerstag, 2. Oktober, abends 8 Uhr, findet im „Bernhardschhof“ eine wichtige Vertrauensmännerziehung statt...

Die Bahnbetriebswirtschaft im hiesigen Hauptbahnhof, welche lange Jahre von der Familie Steller geführt wurde...

Veranstaltungen

Der Zentralverband der Angestellten, Ortsgruppe Karlsruhe, veranstaltet am Freitag, 3. Oktober, ein Fest am Sonntag, den 4. Oktober...

Am Freitag, 3. Oktober, abends 8 Uhr, findet im „Bernhardschhof“ eine wichtige Vertrauensmännerziehung statt...

Kinheim

Die Bezirksversammlung der Sozialdemokratischen Partei erfreute sich am vergangenen Samstag eines guten Besuchs...

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Todesfälle und Beerdigungen. 26. September: Luauke Federle, alt 69 Jahre, ledig, Klavierlehrerin, Hildegard, alt 3 Jahre...

Obstdirektor Georg Schöpflin, Verantwortlich: Polit. Freitakt Baden, Volksfreund, aus aller Welt, viele Nachrichten...

Partei-Nachrichten

Kreis-Konferenz Raftatt-Bühl

Die letzten Sonntag nachmittag im „Hotel Kreuz“ in Raftatt stattgefundene Kreis-Konferenz der sozialdemokratischen Parteiorganisationen...

Am 3. Uhr nachmittags eröffnete Johann Gen. Kenigler die eigentliche Konferenz und dankte sowohl dem Redner des Tages...

Nach dieser mehr formellen Abstimmung nahm Genosse Reichstagsabgeordneter Marum das Wort zu seinem Vortrag über „Die Reichstagswahlen, Rückblick und Ausblick“...

Nach der Zusammenfassung und Würdigung des Wahlergebnisses warf Gen. Marum einen sehr interessanten Blick in die Zukunft...

Die anschließende Ansprache war von großer Schlichtheit und auch manövral von etwas Schärfe getragen und fand allgemein auf beachtliche Höhe...

Im Schlußwort ging Gen. Marum auf die Ausführungen der einzelnen Redner des näherein ein und ermahnte zum Schluß die Konferenzteilnehmer...

Letzte Nachrichten

Sittler droht Hindenburg

München, 30. Sept. Die heutige Ausgabe des „Völkischen Beobachters“ befaßt sich mit dem Artikel der „Königlichen Volkszeitung“, in dem es heißt, eine vorübergehende Ausfaltung des Reichstages sei noch nicht das Ende des parlamentarischen Systems...

Der Artikel schließt selbst mit folgender Drohung gegen den Reichspräsidenten: „Bekanntlich enthält die Verfassung auch einen Artikel, der eine Anklage gegen den Reichspräsidenten vorsieht.“

Veranstaltungen

Mittwoch, 1. Oktober 1930: Badisches Landestheater: Raftatt, 20 Uhr. Großes Fest: Badisches Landestheater, 20 Uhr. Badische Lichtspiele: Kala, die Tochter des Nordens, 20 Uhr...

Vereinsanzeiger

Die in 4 Zeilen 50 Dfg. die Zeile. Vereinsanzeiger haben unter dieser Rubrik in der Regel freie Wahl, aber werden von Redaktionem nicht übernommen.

Der Sommer geht zu Ende, mit ihm verschwinden die hübschen bunten Sommerkleider, die duftigen Gewänder aus Stoffen und Georgette...

Meine Praxis befindet sich jetzt: Virchowstraße 18. Willi Rothaug, staatl. gepr. Dentist, Telefon 1065.

Zurück! Dr. Neumann, Nervenarzt, Stefanienstraße 71, Fernruf Nr. 3.

Nehmt Musikunterricht! h. d. Musiklehrerschaft d. Deutschen Musikerverbandes Lehrerdressen erhält. In den Musikalienhandlungen.

Große Herrenkleiderstoffe, Versteigerung! Morgen Donnerstag, Freitag, den 3. und Samstag, den 4. Oktober 1930, kommen im Versteigerungslokal, Reichstraße 84: Ca. 120 Stücke Anzug, Mantel- und Hosenstoffe...

25 JAHRE AUGUST ERB KAISERSTRASSE. Wer kennt es nicht? das Haus August Erb. 25 Jahre Bestehen heißt 25 Jahre Bestreben sein, gut u. billig seine Kundschaft zu bedienen. Sie sollen Ihre Freude haben und viel Geld sparen.

Badisches Landesstheater
 Mittwoch, 1. Okt.
 8 Uhr
 8 Uhr
 8 Uhr
Falstaff
 Lyrische Komödie von Verdi
 Dirigent: Schwarz
 Regie: Brückner
 Mitwirkende: Blum, Gießel, Groß, Grünwald, Schjert, Haberfort, Rainböck, Kiefer, Böber, Rentwig, Durrer, Schüller
 Anfang 20 Uhr
 Ende 22 1/2 Uhr
 Preise C (1.00—7.00 M.)
 1371
 In 2, 10. Scherz, Satire, Ironie und tiefer Bedeutung. Nr. 3, 10. Die Bräutigam und der Gärtner. Nr. 4, 10. Die Rivalen. Nr. 5, 10. Launhafter im Konzerthaus. Zum erst. Mal: Wann kommt du wieder? Nr. 6, 10. Die Rivalen.

Kindermehl
 muß 1640
Gemüse
 enthalten
 sagt der Arzt!
Roth's
 Gemüsewiebackmehl
 in den Apotheken
 und Drogerien

Schlafzimmer
Speisezimmer
Küchen
 in reicher Auswahl zu jedem annehmbar. Preis zu verkaufen 6237
 Gais & Künzler
 Waldstr. 6
 kein Gebot

Verkauf von Herbst- und Winterwaren

in allen Abteilungen hat begonnen. — Er wird Ihnen mehr bieten, als Sie erwarten. Jetzt zu Beginn der Saison ist die Auswahl besonders groß und trägt jedem Geschmack Rechnung. Sämtliche Waren sind entsprechend des Preisrückganges am Rohstoffmarkt in Preise herabgesetzt. Gute, empfehlenswerte Qualitäten bei niedrigster Kalkulation erleichtern Ihnen den Einkauf

Damen-, Herren- und Kinder-Bekleidung

Damen-Mäntel	Damen-Kleider	Strickwaren	Kinder-Konfektion	Herren-Konfektion
Regen- u. Übergangsmäntel 12.50 48- 39.50 24.50	Wachsamtkleider bedruckt, in großer Ausm. 19.50 14.50	Ca. 3000 Westen, Pullover, Kostüme	Baby-Mäntel reiz. Ausführungen 14.50 8.50	Übergangsmäntel zu besond. bill. Preis, 85- 65- 45- 35-
Winter-Mäntel aus Stoff, engl. Art, ganz gefüt. 78- 45- 29.50	Hauskleider aus Tweed und velourart. Stoffen 11.50 9.50 6.50	Damen-Westen reine Wolle mit Krage u. Gürtel 19.50 14.50 9.75	Mädchen-Mäntel ab Größe 60 18.50 12.50	Winter-Üstler zweifelh. mit und ohne Gürtel 98- 68- 55-
Mäntel aus Velour-Lons d. neu. Modestoff m. Pelzkrag. 68- 48-	Tweed-Kleider jugendl. nette Formen 12.75	Damen-Pullover in geschmackvoller Ausm. 16.50 8.50	Kinder-Kleider aus Waschamt je nach Größe 6.50 4.50	Winter-Paletots mit Samtkragen 95- 75- 45-
Ottoman-Mäntel gefüttert m. Pilschkragen 14.50	Trikot-Charmeusekleider in vielen Farben 9.50	Strickkleider 35- 25- 19.50	Kinder-Kleider in d. verschiedensten Stoffarten 9.50 6.50	Loden-Mäntel in Ia Spezial-Qualitäten 55- 48- 35-
Ottoman-Mäntel gefüttert m. Pelzkragen 36.50	Tanzkleider reiz. Formen in schön. Ballfarb. 39.50 29.50 19.50	Herren-Pullover mit Reißverschluss 9.75	Kinder-Kleider aus reinwollen. Stoffen 8.50	Windjacken 23.50 19.50 14.50 8.50
Marengo-Mäntel Ia Abschlittenware mit Pelz 95- 78- 68-	Seid. Nachmittagskleider neueste Stoffarten in vielen Farben 24.50	Herren-Westen 19.50 14.50 9.50	Knaben-Anzüge Sportform, je nach Größe von Mk. 22.50 14.50 9.50	Blaue Herrenanzüge in nur Ia Kammerqual. 98- 85-
Seal-Püsch-Mäntel auf schön. Damasse-Futter 115- 95- 78-	Modellkleider eleg. Ausfüh. für jed. Geschmack 135- 95-	Kinder-Westen 9.75 8.50 4.50 2.00	Kieler Anzüge von 24.50 17.50 12.50	Sacco-Anzüge in neuen Dessins 95- 75- 55-
Frauen-Mäntel bis zu den größten Weiten 88- 48.50 28-	Morgenröcke aus warmen Flauschstoffen 19.50 14.50 8.50	Kinder-Pullover 9.50 7.50 4.50 1.00	Kieler Mäntel von 18.00 12.50 7.50	Herren-Gummi-Mäntel erstes Fabrikat, zu Serienpreisen.
Modell-Mäntel aus d. neuest. Modestoff m. 75-	Kostümröcke 11.50 9.50 7.50	Bleyles Kinder-Westen u. Pullover Kinder-Kleider u. Anzüge Herren- u. Damen-Westen	Knaben-Mäntel von 14.50 9.75 6.50	Frauen-Pelzkragen 35- 22.50 11.50 Besatzteile 14.50 8.50 2.50
	Charmeuseblusen 14.50 9.50 6.75		Pelzbüchkragen . . . 12.50 9.50 5.90 Pelzkrawatten . . . 19.50 14.50 7.50	

Neue Herbst-Modestoffe für Kleider und Mäntel — Aussteuerartikel —

Tweeds für das moderne Herbstkleid Meter 4.50 3.50 2.25	Bedruckte Waschsamte in größter Auswahl Mtr. 3.75 2.50	Winter-Mantelstoffe in allen mod. Musterungen Mtr. 8.75 6.40	Hemdentuche gebleicht Mtr. 90-75-55-45-35-25-15-10-5-2.50	Schürzenzeuge 118 cm breit waschecht Mtr. 1.10 -95-85-75-65-55-45-35-25-15-10-5-2.50
Kleiderschotten neue Musterungen . Meter 3.50 2.50 1.50	Lindener Cooper-Samt bedruckt u. einfarbig Mtr. 8.75	Velour Diagonal 140 cm breit in den mod. Farben Meter 11.50	Flockkörper Mtr. 125-95-75-55-45-35-25-15-10-5-2.50	Sportianelle hell- und dunkelfarb. Mtr. 1.30 -95-85-75-65-55-45-35-25-15-10-5-2.50
Woll-Nette 95 cm breit, großes Farbensortiment . Meter 2.95	K'Salde Marocaine in prachtv. Druckmustern Meter 4.75 4.25	Ottomane reine Wolle, 140 cm br. marine und schwarz Meter 9.50	Bettendamast 130 cm breit, gestr. Mtr. 1.95 1.50	Biberbetttücher erprobte Qual. 1.50 3.50
Crepe-Caid reine Wolle, 130cm br. Spez. Qualitäten in den neuen Herbstfarben 4.50	Flamingo der neue Stoff aus Wolle mit Kunstseide Mtr. 7.50	Duveline d. den elegant. Mantel in schönen Farben Meter 16.50	Bettendamast 125 cm breit, gestr. Mtr. 2.75 1.90	Schlafdecken Baumwolle 9.50 7.50 4.50
Woll-Veloutine doppelbr. aus edlem weichfließend. Material m . 4.50	Flour de laine reine Wolle für das elegante Kleid . Meter 6.90	Futterselbe Damasse und Duchesse Meter 4.50 2.50 1.25	Stuhl- u. Haustücher f. Betttücher 150 cm breit Meter 2.50 1.90	Schlafdecken Wolle, kamelhaarfarbig, mit Bordüre 19.50
			Halbleinen doppelbr. f. Betttücher. Meter 3.75 2.90 2.50	Rein Kamelhaardecken in reichhalt. Auswahl 62- 48-
			Bettuchbiber weiß Mtr. 2.25 1.90	

Neue Herren-Anzugstoffe ermäßigte Preise Meter 6.50 9.50 12.50 16.50 19.50	Herren-Überhemden weiß u. farb. 4.50 6.50 9.50 Herren-Einsatzhemden 1.95 3.50 4.50 Herren-Unterhosen wollgemischt 1.75 2.50 3.50	Damen-Nachthemden 2.50 4.75 6.75 Damen-Hemdhoson 3.25 4.50 5.75 Damen-Schlüpfer Winterqualit. 1.50 2.25 3.25	Gardinen, Bettvorlagen, Bettbarchent, Dreil, Bettfedern in nur erprobten Qualitäten
---	--	--	---

Carl Schöpf

Verdi's „Falstaff“
 im Landestheater
 Textbuch RM. 1.00

Franz Werfels
 bedeutender Roman

VERDI
 Roman der Oper
 Ungekürzte Volks-Ausgabe
 Leinen gebunden. 603 Seiten
 soeben erschienen . RM. 2.95

Volksfreund-Buchhandlung
 Karlsruhe, Waldstraße 28 Fernruf 7020 und 7021

Bekanntmachung
 Die Inhaber der im Monat Februar 1930 unter Nr. 4051 bis mit Nr. 7590 ausgegebenen bezgl. erneuerten Standbeine werden hiermit aufgefordert, ihre Pländer bis längst 8. Oktober 1930 auszulösen oder die Schiene bis zu diesem Zeitpunkt erneuern zu lassen, widrigenfalls die Pländer zur Versteigerung gebracht werden. 1373
 Karlsruhe, 26. Sept. 1930
 Städt. Pfandleihtasse

Warnung
 Verschont nicht überzählige Hunde u. Raben an Unbekannte. Nach dem schmerzlos töten beim Schießmeister, Schießhausstr. 17, Tel. 6560
 Edungszeit tagl. von 2-6 Uhr nachm. ausgen. Samstag und Sonntag und Feiertage.
 Tierärztverein Karlsruhe.

Kinderbettstelle
 mit Matrize billig zu verkaufen.
 Humboldtstr. 30, 1. Et.

Der Blitz
 vom Mittwoch

Hemd hose - .95
 Windelform, feingewebt, Steck.

Damen- Handschuhe 1.45
 mit gest. Stulpe, halb gefüt., Paar

BURCHARD
 Kaiserstr. / Werderplatz / Durlach

Metallhütte Dr. Dannenberg & Co.
 G. m. b. H.
 Karlsruhe / Telephon 6168, 6169

Wir liefern dopp. raffiniertes Weichblei, Marke MDK, Hartblei, Rotguss, Bronzen, Messing, Lagermetalle, sowie sämtliche Buchdruckerei-Metalle

Hört auf die Macht der Reklame. **Hört** die Erfolge der Zeitungsanzeige

Geschäftseröffnung und Empfehlung

Wir erlauben uns, der verehrlichen Einwohnerschaft von Karlsruhe und Umgebung, sowie den auswärtigen Gästen und Vereinen, namentlich der hochgeehrten Reichsbahndirektion, deren Beamtenschaft und Betriebspersonal, sowie auch dem gesamten reisenden Publikum die ergebene Mitteilung zu machen, daß wir am 1. Oktober 1930 den Wirtschaftsbetrieb im

Hauptbahnhof Karlsruhe i. B.

übernommen haben. — Die offizielle, feierliche Geschäftseröffnung findet am **Dienstag, den 14. Oktober 1930**, statt, wozu Sie alle herzlichst eingeladen sind. Für empfehlenswerte Küche und Keller ist bestens Sorge getragen.

Es ist unser ernstes Bestreben, die verehrl. Gäste auf das Allerbeste zufrieden zu stellen und den alten, guten Ruf der Hauptbahnhofwirtschaft Karlsruhe zu wahren. Wir bitten Sie alle, uns Ihr Vertrauen entgegenbringen zu wollen, wie es uns in unserem bisherigen Wirkungskreis, Bahnhofwirtschaft Neustadt a. d. H., in so reichem Maße zuteil wurde. 6247

Josef und Paula Wimmer

Städtische Sparkasse Karlsruhe

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß am 1. Oktober 1930 der

Hypotheken-Zins

für das dritte Vierteljahr 1930 fällig ist. Wer nicht Gefahr laufen will, den verträglich festgesetzten Erhöhungszins und sogar die Kosten eines Zahlungsbetriebs tragen zu müssen, Sorge für pünktliche Zahlung.

Nach derjenige, welcher ständige Zahlungsmittel abgeben hat, den Zinsbetrag von seinem Girokonto abbuchen zu lassen, muß selbst dafür sorgen, daß volle Deckung für den ganzen Zinsbetrag rechtzeitig vorhanden ist; Zahlungen werden im Hypothekenverkehr nicht angenommen; bei nicht oder nicht genügender Deckung müßte auch hier — in vollem Umfange — Erhöhungszins und Zinsverläßeren angewendet werden.

Es wird bei jeder Gelegenheit wiederholt darauf hingewiesen, daß zu keinem fälligkeitstermin eine besondere Warnung erteilt, daß vielmehr jeder Schuldner den fälligen Hypotheken-Zins pünktlich zu zahlen begin. selbst für volle Deckung auf seinem Girokonto rechtzeitig zu sorgen hat. 1372

Damen- und Herren-Fahrrad neu, zu 35 u. 45 M. zu verkaufen. 6265
Kunzmann
 Säbingerstraße 46.

Hochzeit-, Cutaw-Smoking u. Frack-Anzüge, lat. neu, haltend bill. abzug. 6220
Säbingerstraße 58 a. II.

Plakate in künstlerischer Ausführung fertigt an Verlagsdruckerei Volksfreund G. m. b. H.

Soviel Soße wie von 2 Pfund Braten

Ob Sie ein halbes Pfund Rumpsteak oder Bratwürste, ob Sie nur Knorr Makkaroni, Kartoffeln und Gemüse auf den Tisch bringen wollen, immer können Sie soviel Bratensoße mit servieren, als hätten Sie einen großen Braten zubereitet. Denn 1 Würfel „Knorr-Bratensoße“ zu 15 Pfg. gibt soviel Tunke wie 2 Pfund Braten.

Knorr Bratensoße